

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Samstagabend.
Abonnementpreis Mr. 1,20 pro Quartalsjahr. Zu begleichen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentbehrlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenstell: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die vierseitige Veröffentlichung über einen Raum 30 Pf.
Vergnügungsangebote und Arbeitsermittlungen 30 Pf.
Versammlungsangebote 15 Pf.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nach dem mit dem Arbeitgeberschuhverband für das deutsche Holzgewerbe in den nachstehend genannten Orten in früheren Jahren abgeschlossenen Tarifverträgen treten

am 1. April 1910

die folgenden Änderungen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen ein, auf welche wir unsere beteiligten Mitglieder hiermit verweisen.

Der Zentralvorstand des Arbeitgeberschuhverbandes wird zufolge stattgefunder Verständigung eine gleichartige Bekanntmachung an die beteiligten Arbeitgeber erlassen.

1. Chemnitz: Die Arbeitszeit wird von 58 auf 55 Stunden pro Woche verkürzt. Auf die bisherigen Stundenlöhne erfolgt ein Aufschlag von 1 Pf. Der Mindestlohn erhöht sich auf 44 Pf., für Gesellen unter 20 Jahren auf 41 Pf. pro Stunde.

2. Helmstedt (Firma Saalfeld): Die Stundenlöhne für Lohnarbeiter werden um 1 Pf. erhöht, der Minimallohn steigt auf 42 Pf.

3. Herford: Auf die Stundenlöhne der Lohnarbeiter erfolgt ein Aufschlag von 2 Pf.; der Durchschnittslohn wird auf 43 Pf. festgesetzt.

4. Jena: Die Stundenlöhne werden um 1 Pf. erhöht. Auf Akkordarbeiten findet diese Lohnauflösung sinngemäße Anwendung.

5. Karlshafen: Auf die bestehenden Stundenlöhne erfolgt eine Zulage von 1 Pf.

6. Ludwigshafen: Die Stundenlöhne werden um 1 Pf. erhöht. Diese Lohnerhöhung findet auf die vorhandenen Akkordarbeiten sinngemäße Anwendung. Die Mindestlöhne steigern sich für Schreiner, Maschinendarbeiter und Glaser unter 20 Jahren von 42 Pf. auf 48 Pf., für solche über 20 Jahre von 47 Pf. auf 48 Pf. pro Stunde.

7. Mannheim: Die Stundenlöhne werden um 1 Pf. erhöht. Diese Lohnerhöhung findet auf die vorhandenen Akkordarbeiten sinngemäße Anwendung. Die Mindestlöhne steigern sich für Schreiner und Maschinendarbeiter unter 20 Jahren von 44 Pf. auf 45 Pf., für solche über 20 Jahre von 49 Pf. auf 50 Pf. für Glaser unter 20 Jahren von 42 Pf. auf 48 Pf., über 20 Jahre von 47 Pf. auf 48 Pf. pro Stunde.

8. Neumünster: Alle Arbeiter erhalten eine Lohnauflösung von 1 Pf. pro Stunde, um welche sich auch die Einstellungslöhne erhöhen.

9. Nordhausen: Auf die bisher gezahlten Stundenlöhne erfolgt ein Aufschlag von 1 Pf.; der Durchschnittslohn erhöht sich von 39 Pf. auf 40 Pf. Bei Akkordarbeiten erfolgt ein entsprechender Aufschlag.

10. Nürnberg: Die gegenwärtigen bestehenden Stundenlöhne werden um 1 Pf. erhöht; der Mindestlohn steigt von 46 Pf. auf 47 Pf.

11. Straßburg: Der Stundenlohn steigert sich von 9 Pf. auf 10 Pf., es erfolgt also eine Lohnerhöhung von 1 Pf. pro Stunde.

12. Bielefeld: In den Betrieben der Wianobestandteile wird die 54-stündige Arbeitszeit eingeführt; für die Verkürzung der Arbeitszeit erfolgt Lohnausgleich.

Der Verbandsvorstand.

Märzenluft.

Der Frühling ist ins Land gekommen! Alle Welt sieht auf und sieht hoffnungsfroh den kommenden besseren Tag entgegen. Bwar hat sich der verschossene Winter nicht dadurch ein besonders strenges Regiment ausgezeichnet, nur er war gewissermaßen der Abschluss einer langen Zeit der Not und des Elends. Schwer hat die wirtschaftliche Krise auf den Arbeiterschaft gelastet, und ganz besonders wurden unsere Kollegen, die deutschen Holzarbeiter, von der Arbeitslosigkeit und ihren schlimmen Begleiterscheinungen mitgenommen. Noch sind die Wunden, die uns die letzten Jahre geschlagen, nicht völlig verheilt, aber die Anzeichen einer beginnenden Besserung sind unverkennbar, und deshalb begrüßen wir diesen Frühling, von dem wir hoffen, daß er uns eine Hebung des Geschäftsganges, eine Besserung unserer wirtschaftlichen Lage bringen soll, mit ganz besonderer Freude.

Es wird Frühling! Die Natur erwacht. Und mit der erwachen auch die Menschen aus langem, dumpfem Schlaf. Märzenluft weht und sie lockt die Männer, die bisher damit begnügten, die Faust in der Tasche zu haben, einzus auf die Straße. Die Erinnerung an das

Sturmjahr 1848 wird wach. Die Frage des preußischen Wahlrechtes bewegt alle Herzen. Sie ist keine preußische Frage mehr, ganz Deutschland ist daran interessiert, daß der Übermut der in Preußen herrschenden Junker und der mit ihnen verbündeten Kräfte gebrochen, daß das Volk in Preußen als mündig erklärt wird. Mit dem Wechselbalg, dem man zu Unrecht den Namen einer Wahlrechtsreform beigelegt hat, glauben unsere Machthaber das sein Recht fordern, daß der mächtige Drang nach Befreiung aus den Fesseln des Junkertums nicht unterdrückt. Hat auch das Dreiklassenparlament die Spottgeburt einer Wahlrechtsreform noch am Vorabend des 18. März, des revolutionären Tages, durchgepeitscht, so tritt damit doch noch lange keine Ruhe ein in Preußen. Das arbeitende Volk hat den Kampf um das freie Wahlrecht aufgenommen und es wird ihn durchführen!

Die gewaltige politische Erregung, die in diesem Frühling das arbeitende Volk in Deutschland durchzittert, würde aber zwecklos verpuffen, wenn die Arbeiter darüber ihre ökonomische Abhängigkeit vergessen würden. Der Herrschaft des Junkertums in Deutschland haben wir es zu danken, daß die Preise der notwendigen Lebensbedürfnisse eine rapide Steigerung erfuhren, mit welcher die Löhne nicht überall gleichen Schritt gehalten haben. Die schwere Wirtschaftskrise, von welcher wir in den letzten Jahren heimgesucht wurden, hat das ihrige dazu beigetragen, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verschlechtern. Jetzt, wo die schwarzen Schatten, die so lange auf unserem Wirtschaftsleben lagerten, zu weichen beginnen, ist es hohe Zeit, die Kräfte zu sammeln, um in geschlossenem Marsch unseren Anspruch an eine menschenwürdige Existenz geltend zu machen.

Gatten die deutschen Holzarbeiter ganz besonders schwer unter der wirtschaftlichen Krise zu leiden, ist die Zahl unserer arbeitslosen Kollegen, wie unsere regelmäßige Arbeitslosenstatistik ausweist, in den Jahren des Niedergangs riesenhaft angewachsen, so haben wir ganz besonderen Anlaß, uns der Wiederkehr des Frühlings und der Besserung der Geschäftslage zu freuen. Wir dürfen das um so mehr, als wir den beginnenden Frühling mit dem ersten großen Erfolg in diesem Jahre begrüßen können. Einen Erfolg, der um so höher zu veranschlagen ist, als er ohne schwere Opfer errungen wurde. Den ganzen Winter hindurch war die Lage freilich auf das höchste gespannt. Wir mussten zum ersten Kampf rüsten, und wenn dieser zum Ausbruch gekommen wäre, hätte er ungeheure Opfer verschlungen.

Dass unsere große Tarifbewegung auf friedlichen Wege zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden konnte, haben wir vor allem der Kraft unserer Organisation zu danken. Der feste Willen unserer Kollegen, nötigenfalls auch den Kampf nicht zu scheuen zur Durchführung der unumgänglich notwendigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen, hat auch dem Gegner imponiert, zumal wir oft genug bewiesen haben, daß wir imstande sind, unserem Willen den erforderlichen Nachdruck zu geben. Einmütig haben die Kollegen in ganz Deutschland hinter der Verbandsleitung gestanden. In der Erkenntnis der ungeheuren Bedeutung der nun zur Lösung gebrachten Streitfragen haben sie willig die Lasten auf sich genommen, welche die kritische Zeit erforderte. Feder wußte, daß es sich bei den Vertragsverhandlungen nicht nur um die unmittelbar beteiligten Orte, sondern mehr oder weniger um das Interesse der gesamten deutschen Holzarbeiter handelte. So hat uns, dank der Geschlossenheit unserer Organisation, die Tarifbewegung dieses Jahres, die größte, welche die Holzindustrie bisher gesehen, einen schönen Erfolg gebracht.

Dieser erste große Erfolg im Jahre 1910 kann und darf aber nicht der letzte sein. Tausende und Tausende deutscher Holzarbeiter haben nicht nur das Bedürfnis, nein, die zwingende Pflicht, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern; ihre Arbeitszeit zu verkürzen, ihren Lohn zu erhöhen. Doch es bei der großen Zahl von Lohnbewegungen, die uns in den nächsten Monaten bevorstehen, überall ohne Kampf abgehen wird, darf billig bezweifelt werden. Wenn wir auch bestrebt sind, uns dort, wo es irgend möglich ist, auf friedlichem Wege mit den Unternehmern zu verständigen, so sprechen doch alle Erfahrungen dafür, daß es verfehlt wäre, wollten wir uns in der Beziehung großer Hoffnungen hingeben. Wollen wir die kommenden Kämpfe siegreich bestehen, so gilt es, ohne Zögern zu rüsten. Unser Rüstzeug ist eine starke Organisation und eine leistungsfähige

Um die Verbandsklasse in einen kampfestlichen Zustand zu versetzen, hat der Verbandsvorstand den Kollegen einen Vorschlag unterbreitet, der sicherlich die Zustimmung der Verbandsmitglieder finden wird. Jeder einzelne ist erfüllt von dem Wunsch, daß es auf dem Wege zur Erringung günstiger Arbeitsbedingungen keinen Stillstand gebe; einem ist ein Opfer zu groß, wenn es für diesen Zweck gebracht wird. Mit der Stärkung der Klasse ist es aber allein nicht getan; ebenso wichtig für die Erringung eines Erfolges ist es, daß wir über ein wohldiszipliniertes Heer stütziger Kämpfer verfügen.

Unser deutscher Holzarbeiterverband hat sich in verhältnismäßig kurzer Zeit rasch entwickelt. Der Rückenschlag, den wir infolge der Krise in den Jahren 1907 und 1908 erlitten, ist überwunden; unser Verband zählt gegenwärtig weit über 150 000 Mitglieder. Gewiß eine stattliche Zahl, wenn man sie für sich betrachtet. Und doch, wie klein erscheint sie, wenn man sie mit dem riesigen Heer der Holzarbeiter vergleicht, die noch außerhalb unserer Organisation stehen. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß alle Mittel angewendet werden müssen, die Menschenstehenden für unseren Verband zu gewinnen. Solange wir mit der großen Masse der Gleichgültigen zu rechnen haben, stehen alle unsere Erfolge in der Luft. Unsere Tarifbewegung wäre sicher schneller und vermutlich auch mit einem noch besseren Erfolg beendet worden, hätte uns nicht das große Heer der Unorganisierten als Weitgewicht an den Füßen gehangen.

In den Unverstand und die Gleichgültigkeit der unorganisierten Holzarbeiter muß, koste es was es wolle, Wege geschlagen werden. Jeder Kollege, dem das eigene Wohl und das Wohl seiner Familie am Herzen liegt, jeder, der sich danach sehnt, an den Kulturerwerbungen teilnehmen, hat das lebhafteste Interesse daran, daß sich die Zahl unserer Verbandsmitglieder steigert. Jeder ist aber auch imstande, an der Agitation für die Ausbreitung unseres Verbandes teilzunehmen. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist für eine intensive Agitation ganz besonders günstig. Zeigt den Arbeitshabenden und Ungläubigen, was die Organisation leisten kann! Wir brauchen auf die Summen, die wir unseren kranken und arbeitslosen Mitgliedern zulassen lassen, so gewaltig diese Werträge auch sind, keinen besonderen Nachdruck zu legen. Wenn auch Lausenden von Kollegen mit diesen Unterstützungen über die schlimmste Not hinweggeholfen wurde, so liegt doch hierin nicht die Hauptstärke unserer Organisation. Der Deutsche Holzarbeiterverband will den Vertragsgenossen die bestmöglichen Arbeitsbedingungen verschaffen! Und was er jetzt schon auf diesem Gebiete leisten kann, das hat wiederum die diesjährige Tarifbewegung gezeigt.

Der beginnende Frühling muß unserem Verband einen kräftigen Aufschwung bringen. Die allgemeine Erregung, die Deutschland durchzittert, darf nicht ungernicht vorübergehen. In solchen Zeiten offenbart sich der Wert der Organisation auch dem blödesten Auge; und wo es sonst der schwierigsten Überredungskünste bedurfte, genügt heute ein kurzer Hinweis, um dem Unorganisierten zu zeigen, wo sein Platz ist. Über dieser Mühe muß sich jedes Verbandsmitglied unterziehen. Auf zur Verbandsarbeit, auf zur Agitation! Das muß jetzt unsere Tugend sein. Wir müssen vorwärts schreiten, auf dem Wege zur Erringung besserer Arbeitsbedingungen. — Eine erfolgreiche Bewegung in der Holzindustrie ist beendet; jetzt heißt es: „Auf zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen“!

Das Ergebnis unserer Tarifbewegung.

Die Tarifbewegung in der Holzindustrie ist noch nicht vollständig beendet. In München und Bremen, von wo keine Vertreter nach Berlin gesandt waren, wird noch weiter verhandelt, und einige kleine Städte, die ursprünglich in die allgemeine Bewegung einbezogen waren, sind später aus der Reihe der für die Tarifbewegung in Betracht kommenden Orte ausgeschieden. Eine unmittelbare Verständigung zwischen den örtlichen Parteien ist dort ebenfalls noch nicht erzielt, doch bleibt das Resultat der in den fraglichen Städten geführten Verhandlungen für die allgemeine Tarifbewegung ohne Belang. Wir konnten schon in der vorigen Nummer mitteilen, daß für alle Städte, die sich an der unter der Leitung der Verbandsvorstände geführten Verhandlungen beteiligt hatten, eine Verständigung erzielt wurde. Diese Verständigung

zwischen den Parteibetreibern bedurfte jedoch der Zustimmung der beiderseitigen örtlichen Organisationen.

Es war vorauszusehen, daß sich die Anerkennung der Abmachungen nicht überall ganz glatt vollziehen würde, und tatsächlich liegt auch bisher nur aus einem Teil der Städte die Mitteilung vor, daß die vereinbarten Bedingungen von beiden Seiten angenommen wurden. Das trifft zu auf: Barmen, Berlin mit Vororten, Burg, Düsseldorf, Görlitz, Göttingen, Greifswald, Kiel, Köln, Leipzig, Oldenburg, Quedlinburg, Minden, Spanien, Stargard, Stettin. Die meisten übrigen Städte werden vor aussichtlich bald folgen. Ob schließlich einige Orte übrig bleiben, die auf der Ablehnung beharrten, bleibt abzuwarten. Neben die Maßnahmen, die gegen zwei Widerstreitende zur Anwendung zu bringen sind, wird später zu reden sein. So wie die Dinge liegen, ist die Tarifbewegung zwar noch nicht formell abgeschlossen, sie kann aber tatsächlich als beendet betrachtet werden.

Frage man sich, was die Bewegung gebracht hat, so darf man sagen, daß wir mit dem Resultat voll auf zufrieden sein können. Wir haben in den meisten Städten Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt, die 1-8 Stunden pro Woche betragen und daneben in allen Orten Lohn erhöhungen, die zwischen 8 und 8 Pf. pro Stunde schwanken. Alle Verschlechterungen, die uns von den Unternehmern angesonnen waren, sind zurückgewiesen. Werden doch nicht alle Wünsche unserer Kollegen erfüllt worden; viele Kollegen werden größere Erfolge erwartet haben. Man kann den Unzufriedenen nicht ohne weiteres Unrecht geben. Wenn man die zwischen den Vorständen vereinbarten Regeln für die Klasseneinteilung der Orte hinsichtlich der Arbeitszeit in Betracht zieht, dann hätte sich für den einen oder den anderen Ort eine weitere Verkürzung wohl rechtfertigen lassen, und auch die zugesandten Lohn erhöhungen bringen in manchen Fällen nur einen knappen Ausgleich für die in den letzten Jahren eingetretene Verteuerung der Lebensbedürfnisse. Der Wunsch, mehr erreicht zu sehen, ist deshalb wohl verständlich.

Aber das Ergebnis der Verhandlungen hängt nicht nur von den Wünschen der Kollegen und dem guten Willen der Unterhändler ab; auch der Vertragskontrollent hat dabei ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Unser Kontrahent, der Arbeitgeberverbund, hätte am liebsten gar keine Zugeständnisse gemacht. In manchen Orten wurden unseren Kollegen direkte Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen angejagt, und die gewiß nicht übertriebenen Forderungen unserer Kollegen haben auf die Vertreter des Schuhverbandes eine so aufreibende Wirkung ausgeübt, daß sie offen mit der Aussperrung drohten, um uns einzuschließen. In der "Fachzeitung" wurde später die berühmte Rechnung aufgemacht, nach welcher unter der Voraussetzung, daß vom zweiten Vertragsjahr ab eine Lohn erhöhung von 2 Pf. zugebilligt würde, jeder Tischlermeister im Durchschnitt 864 M. aus seiner Tasche zu zahlen hätte. Die Unternehmer waren also durchaus nicht bewilligungslustig. Und ihrem Hinweis auf die Wunden, welche die Krise und die allgemeine Steuerung auch ihnen geschlagen, war die Berechtigung nicht ohne Weiteres abzusprechen, wenn auch ein sehr großer Teil der Arbeitgeber als Anhänger der Parteien, denen wir die Steuerung der Lebensbedürfnisse zu danken haben, an dieser nicht ganz unschuldig ist. Sieht man alle diese Momente in Betracht, dann können wir mit voller Befriedigung auf das Resultat der langwierigen Verhandlungen zurückblicken. Wir haben an Zugeständnissen erreicht, was unter den obwaltenden Umständen zu erreichen war.

Was für die einzelnen Orte erzielt wurde, geht aus der nachfolgenden Übersicht her vor, die nur die wichtigsten Zugeständnisse enthält.

Barmen: Arbeitszeitverkürzung 2 Stunden; Lohn erhöhung 5 Pf. Die Arbeitszeit wird am 1. Juli 1911 von 56 auf 54 Stunden verkürzt. Die Stundensöhne werden am 1. Mai 1910 um 1 Pf., am 1. Juli 1911 um 2 Pf., am 1. Mai 1912 und am 1. November 1912 um je 1 Pf. erhöht. Der Durchschnittslohn steigt hierdurch von 50 auf 55 Pf. Aufschlag für Überstunden 10 Pf. für Nachtarbeit 30 Pf. für Sonntagsarbeit doppelter Lohn. Bei Arbeiten außerhalb der Werkstatt mit mehr als halbstündiger Entfernung wird morgens, mittags und abends das Fahrgeld gezahlt, oder aber morgens und abends das Fahrgeld und 80 Pf. Entschädigung für das Mittagessen. Bei Arbeiten in der Umgebung Entschädigung 1 Pf. und Fahrgeld 3. Klasse täglich. Ist Übernachten notwendig, Fahrgeld und 2,50 M. täglich.

Berlin, Charlottenburg, Niedorf, Schöneberg und Weißensee: Die Arbeitszeit bleibt 51 Stunden. Am 1. Oktober 1910 werden die Löhne und Akkordpreise um 2 Proz. erhöht. Die Akkordabschlagszahlung beträgt mindestens 27 M., bei 22 M. verdient 20 M., bei 36 M. 33 M., bei höherem Verdienst entsprechend mehr. Bei neuen Mustern, die im Akkord angefertigt werden, wird der Lohn gesichert. Beurteilung älterer sonstigen Arbeitsnachweise zugunsten des gemeinsamen Arbeitsnachweises, der in erster Linie benutzt werden muß. Montagegeld innerhalb Berlin und Vororten 1 M. täglich und Fahrgeld. Bei weiterer Entfernung 3,50 M. täglich einschließlich Sonntags. Bei Montagen bis zu 3 Tagen 4 M.

Bernburg: Arbeitszeitverkürzung eine Stunde; Lohn erhöhung 4 Pf. Am 1. April 1912 wird die Arbeitszeit von 57 auf 56 Stunden verkürzt. Die Stundensöhne werden am 1. April 1910 und 1. April 1911 um je 1 Pf., am 1. April 1912 um 2 weitere Pfennig erhöht. Der Mindestlohn steigt dadurch von 38 auf 42 Pf. Aufschlag für Überstunden 10 Pf., für Nacht- und

Sonntagsarbeit 20 Pf. Montagearbeiten ohne Übernachten 1 M., mit Übernachten 2,50 M. pro Tag und Fahrgeld 3. Klasse.

Beuthen, Rottweil, Mühlhausen: Arbeitszeitverkürzung 1 Stunde, Lohn erhöhung 5 Pf. Sofort eine Lohn erhöhung um 2 Pf. pro Stunde. Am 1. Oktober 1910 eine Stunde Arbeitszeitverkürzung und 1 Pf. Lohn erhöhung. Am 15. Februar 1911 weitere 2 Pf. Die Arbeitszeit beträgt vom 1. Oktober 1910 ab 57 Stunden.

Brandenburg: Lohn erhöhung 4 Pf. Die Arbeitszeit bleibt 54 Stunden. Der Stundensöhn wird sofort um 1 Pf., am 1. April 1911 um 2 Pf. und am 1. April 1912 um 1 weitere Pf. erhöht.

Braunschweig: Lohn erhöhung 4 Pf. Die Arbeitszeit bleibt 54 Stunden. Die Stundensöhne werden am 1. April 1910 um 2 Pf., am 1. Juli 1911 und 1. Juli 1912 um je 1 weiteren Pf. erhöht. Der Durchschnittslohn steigt dadurch von 41 auf 46 Pf. Beim Wechsel eines Arbeitsplatzes darf keine Lohnkürzung eintreten, wenn der frühere Lohn 3 Monate beachtet ist. Überstunden 5 Pf. Aufschlag, Nacht- und Sonntagsarbeit 20 Pf. Bei auswärtigen Arbeiten ohne Übernachten 1 M., mit Übernachten 2 M. Aufschlag pro Tag.

Celle: Arbeitszeitverkürzung zwel Stunden, Lohn erhöhung 5 Pf. Der Stundensöhn wird sofort um 2 Pf. erhöht. Am 15. Februar 1911, 15. Februar 1912 und 1. Oktober 1912 wird der Stundensöhn je um einen weiteren Pfennig erhöht, wodurch der Mindestlohn von 30 auf 35 Pf. steigt. Die Arbeitszeit wird sofort und am 15. Februar 1912 um je 1 Stunde verkürzt und beträgt dann 58 Stunden.

Guben: Lohn erhöhung 4 Pf. Der Stundensöhn wird sofort um 1 Pf., am 15. Februar 1911 um 2 Pf. und am 15. Februar 1912 um 1 Pf. erhöht. Der Durchschnittslohn steigt dadurch von 39 auf 43 Pf. Die Arbeitszeit bleibt 55 Stunden.

Halle: Arbeitszeitverkürzung 1 Stunde, Lohn erhöhung 4 Pf. Am 1. April 1912 wird die Arbeitszeit um 1 Stunde verkürzt und beträgt dann 54 Stunden. Der Stundensöhn wird am 1. Juni 1910 um 2 Pf., am 1. April 1911 und 1. April 1912 um je 1 Pf. erhöht. Der Durchschnittslohn steigt hierdurch von 48 auf 50 Pf. Bei Arbeiten außerhalb der Werkstatt 8 Pf. pro Stunde, bei auswärtiger Montage pro Tag 2,50 M. Aufschlag.

Hannover: Arbeitszeitverkürzung eine Stunde, Lohn erhöhung 5 Pf. Die Arbeitszeit wird am 1. Mai 1912 von 54 auf 53 Stunden verkürzt. Die Stundensöhne werden sofort um 2 Pf., am 1. April 1911 um 1 Pf., und am 1. Mai 1912 um weitere 2 Pf. erhöht. Der Durchschnittslohn steigt dadurch von 52 auf 57 Pf. für Überstunden bis 8 Uhr abends 12 Pf., nach 8 Uhr und Sonntags 30 Pf. Aufschlag pro Stunde. Montagezuschläge: am Ort bei mehr als einstätigiger Dauer 3 Pf. pro Stunde; in der Umgegend außerhalb des Vertragsgebietes 1 M. pro Tag und Fahrgeld 3. Klasse; bei Übernachten in den ersten 7 Tagen 2,75 M., für die folgenden Tage 2,80 M. Der Arbeitsnachweis bleibt bestehen. Für Arbeiten, die sich ihrer Art und Anzahl nach zur Akkordarbeit eignen, ist gemeinsam ein Akkordtarif auszuarbeiten. Wenn über einzelne Tarifpositionen eine Einigung nicht zu erzielen ist, soll die Entscheidung hierunter Mitwirkung der Centralvorstände erfolgen. Bei außertariflichen Akkordarbeiten wird der Stundensöhn garantiert.

Harburg: Arbeitszeitverkürzung eine Stunde, Lohn erhöhung 5 Pf. Die Arbeitszeit wird am 1. April 1911 von 54 auf 53 Stunden verkürzt. Die Stundensöhne werden am 1. April 1910 um 2 Pf., am 1. April 1911 und 1. April 1912 um je 1 Pf. erhöht. Von da ab beträgt der Normallohn 57 Pf. Für Überstunden wird 50 Proz. für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Pf. Aufschlag bezahlt. Montagezuschlag 5 Pf. pro Stunde. Außerhalb Dresdens besondere Vereinbarung.

Düsseldorf: Arbeitszeitverkürzung eine Stunde, Lohn erhöhung 4 Pf. Der Lohn wird sofort um 1 Pf., am 1. Juni 1911 um 2 Pf. und am 1. Februar 1912 um 1 Pf. erhöht. Von da ab beträgt der Normallohn 57 Pf. Für Überstunden wird 25 Proz. für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Pf. Aufschlag bezahlt. Montagezuschlag 5 Pf. pro Stunde. Außerhalb Dresdens besondere Vereinbarung.

Dresden: Lohn erhöhung 4 Pf. Die Arbeitszeit bleibt wie seither 52 Stunden. Die Stundensöhne werden sofort um 1 Pf., am 1. Juni 1911 um 2 Pf. und am 15. Februar 1912 um 1 Pf. erhöht. Von da ab beträgt der Normallohn 57 Pf. Für Überstunden wird 25 Proz. für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Pf. Aufschlag bezahlt. Montagezuschlag 5 Pf. pro Stunde. Außerhalb Dresdens besondere Vereinbarung.

Düsseldorf: Arbeitszeitverkürzung eine Stunde, Lohn erhöhung 4 Pf. Der Lohn wird am 1. August 1910 um 2 Pf., am 1. August 1911 um 1 Pf. erhöht. Am 11. November 1912 wird die Arbeitszeit um 1 Stunde verkürzt und der Lohn um einen weiteren Pfennig erhöht. Die Arbeitszeit beträgt dann 55 Stunden, der Durchschnittslohn sofort 54 Pf., steigend auf 58 Pf. In den eingemieteten Vororten, wo die Arbeitszeit jetzt noch 57 Stunden beträgt, wird sie am 1. Dezember 1912 auf 54 Stunden verkürzt. Für Überstunden bis 8 Uhr abends werden 10 Pf. pro Stunde, von 8-9 Uhr 20 Pf. für Nacht- und Sonntagsarbeit 30 Pf. pro Stunde Zuschlag. Über die Dringlichkeit von Überstunden, soweit es sich um höchstens 15 Überstunden in einem Monat, bzw. 36 Überstunden innerhalb 3 Monaten handelt, entscheidet im Streitfalle das Einigungsamt. Die Akkordsätze bei nichttarifierten Arbeiten sind so zu bemessen daß der Leistung entsprechend über verdient wird. Bei Montagearbeiten von mehr als halbständig Dauer und mehr als halbstündiger Entfernung wird viermal täglich Fahrgeld oder zweimal Fahrgeld und 70 Pf. für Mittagessen gezahlt. Montage in der Umgebung 1 M. und täglich Fahrgeld 3. Klasse; bei Übernachten 2,75 M. vom 7. Tage ab 2,70 M.

Erfurt: Arbeitszeitverkürzung 2 Stunden, Lohn erhöhung 5 Pf. Die Arbeitszeit wird sofort um 1 Stunde und am 1. November 1911 und eine weitere Stunde verkürzt. Sie beträgt dann 55 Stunden. Die Stundensöhne werden sofort um 2 Pf., am 1. April 1911, am 1. April und 1. November 1912 um je einen weiteren Pfennig erhöht; der Durchschnittslohn steigt hierdurch von 44 auf 49 Pf. Bei Anfertigung neuer Muster im Akkord wird der Stundensöhn garantiert. Überstunden und Sonntagsarbeit 30 Proz. Aufschlag. Arbeiten im Bau 2 Pf. Aufschlag pro Stunde. Montagezuschlag in der Provinz 2,50 M. pro Tag einschließlich Sonntag.

Kiel: Arbeitszeitverkürzung 1 Stunde, Lohn erhöhung 4 Pf. Die Arbeitszeit wird am 1. Januar 1913 um 1 Stunde verkürzt; sie beträgt dann 53 Stunden. Die bestehenden Stundensöhne werden am 1. April 1910, 1. April 1911, 1. April 1912 und 1. Januar 1913 um je 1 Pf. erhöht. Durch diese Erhöhung steigt der Stundensöhn von 58 auf 62 Pf. für Maschinenarbeiter von 62 auf 66 Pf. Maschinenarbeiter sind nach zweijähriger Tätigkeit an Holzbearbeitungsmaschinen den Maschinentechnikern gleichzustellen. Tischler, die mit eigenem Werkzeug arbeiten, erhalten hierfür 1 Pf. pro Stunde Entschädigung. Der Überstundenaufschlag beträgt bis 9 Uhr abends 15 Pf. nachher 25 Pf. pro Stunde. Bei auswärtiger Montagearbeit werden die Kosten für Post, Logis und Reisegeld vom Arbeitgeber getragen. Für Arbeiten, die sich ihrer Art und Anzahl nach zur Akkordarbeit eignen, ist bis zum 1. Juli 1910 ein Akkordtarif auszuarbeiten. Bei außertariflichen Akkordarbeiten ist der Stundensöhn garantiert. Bezüglich des Arbeitsnachweises, der in Kiel lange ein Streitpunkt war, wurde folgende Bestimmung in den Vertrag aufgenommen: "Sobald die Centralvorstände der beiderseitigen Verbände eine definitive Vereinbarung über die Arbeitsvermittlung im deutschen Holzgewerbe getroffen haben, soll diese auch für Kiel zur gemeinsamen Regelung der Arbeitsnachweistage als verbindlich anerkannt werden. Bis dahin bleiben die jetzigen Arbeitsnachweise der beiderseitigen Verbände bestehen."

Köln: Arbeitszeitverkürzung 1 Stunde, Lohn erhöhung 4 Pf. Die Arbeitszeit wird am 1. Januar 1913 um 1 Stunde verkürzt und beträgt dann 54 Stunden. Der Stundensöhn wird sofort um 1 Pf., am 1. Juli 1911 um 2 Pf. und am 1. Juli 1912 um 1 Pf. erhöht. Dadurch steigt der Durchschnittslohn von 41 auf 45 Pf. Der Stundensöhn der meist in Akkord beschäftigten Gesellen wird bei etwaiger Lohnarbeit nach dem Durchschnittsverdienst des letzten Halbjahrs festgesetzt. Bei Neuaufkordern sind die Akkordsätze so zu bemessen, daß bei normaler Leistung zum mindesten der Durchschnittslohn verdient wird. Für die ersten 2 Überstunden wird ein Aufschlag von 10 Pf. für die weiteren Überstunden sowie für Sonntagsarbeit von 20 Pf. gezahlt. Montagezuschlag innerhalb der Stadt 5 Pf. pro Stunde, außerhalb ohne Übernachten 1 M. mit Übernachten 2,50 M. sowie Fahrgeld. Bei Stellung von Post und Logis 10 Pf. pro Stunde.

Göttingen: Arbeitszeitverkürzung eine Stunde, Lohn erhöhung 5 Pf. Die Arbeitszeit wird am 1. April 1912 um 1 Pf., am 1. Juli 1911 um 1 Pf., am 1. April 1910 um 2 Pf. und am 1. Oktober 1912 um einen weiteren Pfennig erhöht. Der Durchschnittslohn steigt dadurch von 41 auf 46 Pf. Beim Wechsel eines Arbeitsplatzes darf keine Lohnkürzung eintreten, wenn der frühere Lohn 3 Monate beachtet ist. Überstunden 5 Pf. Aufschlag, Nacht- und Sonntagsarbeit 20 Pf. Bei auswärtigen Arbeiten ohne Übernachten 1 M., mit Übernachten 2 M. Aufschlag pro Tag.

Greifswald: Arbeitszeitverkürzung zwel Stunden, Lohn erhöhung 5 Pf. Der Stundensöhn wird sofort um 2 Pf. erhöht. Am 15. Februar 1911, 15. Februar 1912 und 1. Oktober 1912 wird der Stundensöhn je um einen weiteren Pfennig erhöht, wodurch der Mindestlohn von 30 auf 35 Pf. steigt. Die Arbeitszeit wird sofort und am 15. Februar 1912 um je 1 Stunde verkürzt und beträgt dann 58 Stunden.

Guben: Lohn erhöhung 4 Pf. Der Stundensöhn wird sofort um 1 Pf., am 15. Februar 1911 um 2 Pf. und am 15. Februar 1912 um einen weiteren Pfennig erhöht. Der Durchschnittslohn steigt dadurch von 39 auf 43 Pf. Die Arbeitszeit bleibt sofort und am 15. Februar 1912 um je 1 Stunde verkürzt.

Halle: Arbeitszeitverkürzung 1 Stunde, Lohn erhöhung 4 Pf. Am 1. April 1912 wird die Arbeitszeit bleibt 54 Stunden. Der Stundensöhn wird am 1. Juli 1911 um 2 Pf., am 1. Juli 1912 und 1. Juli 1913 um je 1 Pf. erhöht. Durch diese Erhöhung steigt der Durchschnittslohn auf 44 Pf. Die Arbeitszeit bleibt 56 Stunden. Die bestehenden Akkordtarife werden einer Revision unterzogen, die Akkordpreise um 2-5 Proz. erhöht. Diese Erhöhung tritt am 1. Juli 1911 in Kraft.

Magdeburg: Lohn erhöhung 3 Pf. Der Stundensöhn wird sofort um 2 Pf., am 1. Juli 1911 um 2 Pf. und am 15. Februar 1912 um 1 Pf. erhöht. Dadurch steigt der Durchschnittslohn von 44 auf 47 Pf. Die Arbeitszeit bleibt wie seither 54 Stunden. Bezuglich des Akkordtarifes wurde vereinbart, daß er alle Jahre durch die Schlichtungskommission revidiert und bezüglich neuer Muster ergänzt wird. Für die erste Überstunde wird ein Aufschlag von 10 Pf., für die zweite von 15 Pf. gezahlt. Für weitere Überstunden und Sonntagsarbeit 25 Pf. pro Stunde.

Danzig: Arbeitszeitverkürzung 3 Stunden, Lohn erhöhung 5 Pf. Die Arbeitszeit wird sofort um 2 Pf., am 1. Juli 1911 um 2 Pf. und am 15. Februar 1912 um 1 Pf. erhöht. Durch diese Erhöhung steigt der Durchschnittslohn auf 44 Pf. Die Arbeitszeit bleibt wie seither 54 Stunden. Bezuglich des Akkordtarifes wurde vereinbart, daß er alle Jahre durch die Schlichtungskommission revidiert und bezüglich neuer Muster ergänzt wird. Für die erste Überstunde wird ein Aufschlag von 10 Pf., für die zweite von 15 Pf. gezahlt. Für weitere Überstunden und Sonntagsarbeit 25 Pf. pro Stunde.

Hannover: Arbeitszeitverkürzung eine Stunde, Lohn erhöhung 5 Pf. Die Arbeitszeit wird am 1. Mai 1912 von 54 auf 53 Stunden verkürzt. Die Stundensöhne werden sofort um 2 Pf., am 1. April 1911 um 1 Pf., und am 1. Mai 1912 um weitere 2 Pf. erhöht. Der Durchschnittslohn steigt dadurch von 42 auf 47 Pf. Überstunden bis 8 Uhr abends 10 Pf., nach 8 Uhr und Sonntags 30 Pf. Aufschlag pro Stunde. Montagezuschläge: am Ort bei mehr als einstätigiger Dauer 3 Pf. pro Stunde; in der Umgegend außerhalb des Vertragsgebietes 1 M. pro Tag und Fahrgeld 3. Klasse; bei Übernachten in den ersten 7 Tagen 2,75 M., für die folgenden Tage 2,80 M. Der Arbeitsnachweis bleibt bestehen. Für Arbeiten, die sich ihrer Art und Anzahl nach zur Akkordarbeit eignen, ist gemeinsam ein Akkordtarif auszuarbeiten. Wenn über einzelne Tarifpositionen eine Einigung nicht zu erzielen ist, soll die Entscheidung hierunter Mitwirkung der Centralvorstände erfolgen. Bei außertariflichen Akkordarbeiten wird der Stundensöhn garantiert.

Harburg: Arbeitszeitverkürzung eine Stunde, Lohn erhöhung 5 Pf. Die Arbeitszeit wird am 1. April 1911 von 54 auf 53 Stunden verkürzt. Die Stundensöhne werden am 1. April 1910 um 2 Pf., am 1. April 1911 um 2 Pf. und am 1. April 1912 um 1 Pf. erhöht. Der Mindestlohn erhöht sich am 1. April 1910 von 55 auf 57 Pf. und beträgt vom 1. April 1911 ab 58 Pf.

Gütersheim: Arbeitszeitverkürzung eine Stunde, Lohn erhöhung 5 Pf. Die Arbeitszeit wird am 1. April 1912 um 1 Stunde verkürzt und beträgt dann 55 Stunden. Die Stundensöhne werden am 1. April 1911 um 2 Pf., am 1. April 1912 um weitere 2 Pf. erhöht. Der Durchschnittslohn steigt hierdurch von 42 auf 47 Pf. Überstunden bis 8 Uhr abends 10 Pf., nach 8 Uhr und Sonntagsarbeit 20 Pf. Aufschlag. Für Arbeiten im Bau 3 Pf. Aufschlag pro Stunde. Montagezuschlag in der Provinz 2,50 M. pro Tag einschließlich Sonntag.

Kiel: Arbeitszeitverkürzung 1 Stunde, Lohn erhöhung 4 Pf. Die Arbeitszeit wird am 1. Januar 1913 um 1 Stunde verkürzt; sie beträgt dann 53 Stunden. Die bestehenden Stundensöhne werden am 1. April 1910, 1. April 1911, 1. April 1912 und 1. Januar 1913 um je 1 Pf. erhöht. Durch diese Erhöhung steigt der Stund

Warnung vor Zuzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Bahnhofsteuerbehörde durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Georgswalde in Böhmen, Löbau (Pianofabrik Fürster), Weinden i. Westf. (V. Schmidt), Oberneubrunn i. Thür., Weinhäusen (Elektro u. Steinmeier), Buffenhäusen (Bröll), Göttingen, Glarus und Montreux (Firma Albert Held) in der Schweiz.

Verbaudern nach Niednig bei Grossen a. d. Oder (Stralauer Glashütte), Stettin (Lunberg).

Drechsler nach Stargard i. Pommern (Mehrholtz).

Klaviermachern nach Löbau i. S. und Georgswalde in Böhmen (Fürster), Fürich (Mohrdorf u. Co.).

Stellmachern und Wagenbauern nach Berlin, Charlottenburg (Hofwagenfabrik M. Deuschner vorw. Schulte), Eisenach (Flingerborn, Walzer), München (Automobilfabrik Weissbarth).

in den ersten 7 Tagen pro Tag 2,75 Ml., für die folgenden Tage 2,80 Ml.

Knigsberg: Arbeitszeitverkürzung drei Stunden, Lohn erhöhung 8 Pf. Der Vertrag wird auf 4 Jahre, also bis zum 15. Februar 1914 abgeschlossen. Am 1. April 1910, 1. April 1911 und 1. April 1918 wird die Arbeitszeit um je 1 Stunde verkürzt und zugleich der Stundenlohn um je 2 Pf. erhöht. Die wöchentliche Arbeitszeit, die bisher 57 Stunden betrug, wird somit innerhalb der Vertragszeit auf 54 Stunden verkürzt. Bei außertariflichen Auftragsarbeiten wird der Stundenlohn bei pflichtgemäßer Arbeit garantiert. Bei Arbeiten außerhalb der Werkstatt von mehr als halbtägiger Dauer wird ein Buschlag von 8 Pf. pro Stunde bezahlt. In den Vororten, über 2 Kilometer außerhalb der Stadtore wird freie Fahrt und 75 Pf. pro Tag, bei Arbeiten in der Provinz neben dem vollen Lohn und dem Buschlag für Außenarbeit ein Montagegeld von 2,50 Mark pro Tag einschließlich des Sonntags gewährt. Der Überstundenzuschlag beträgt 10 Pf. für Nacht- und Sonntagsarbeit 20 Pf. pro Stunde. Für Holzabträgen wird ein Buschlag von 10 Pf. pro Stunde gezahlt.

Leipzig: Lohn erhöhung 4 Pf. Die Arbeitszeit von 52 Stunden wöchentlich bleibt bestehen. Die Löhne werden sofort um 2 Pf. erhöht; am 15. Februar 1911 und 1. Juni 1912 erfolgt eine Erhöhung um je einen weiteren Pfennig. Der Mindestlohn für über 20 Jahre alte Tischler, Drechsler, Weizer, Polierer und Instrumentenmacher steigt sofort auf 55 Pf. und am 15. Februar 1911 auf 58 Pf. Für Bautischler steigt der Mindestlohn sofort auf 57 Pf. und am 15. Februar 1911 auf 58 Pf. Für Maschinenarbeiter beträgt der Mindestlohn sofort 50 Pf., ab 15. Februar 1911 51 Pf. und ab 15. Februar 1912 52 Pf. Für Arbeiter der genannten Branche unter 20 Jahren beträgt der Mindestlohn während der Vertragsdauer 47 Pf. In den Vertrag neu eingegangen ist die Musikinstrumentenindustrie. Hier betrug die Arbeitszeit seither 58 Stunden; sie wird ab 1. Juli 1910 auf 52 Stunden reduziert. Um gleichen Tage tritt für diese Branche die erste Lohn erhöhung mit 2 Pf. in Kraft. Der Vertrag bestimmt noch, daß Überstunden nur zugelassen sind im Höchstbetrag von 52 Stunden pro Jahr. Darüber hinaus ist die Zustimmung der beiderseitigen Organisationen vorzuholen. Akkordarbeit an Maschinen ist unzulässig; nur in der Musikindustrie ist sie an leichteren Maschinen gestattet. Die Akkordtarife werden einer Revision unterzogen; niedrige Akkordsätze, besonders solche, bei denen der für die Musikbranche übliche Durchschnittsverdienst nicht erzielt wurde, müssen entsprechend höher angehoben werden.

Überlebens: Arbeitszeitverkürzung 1 Stunde, Lohn erhöhung 4 Pf. Die Arbeitszeit wird am 15. Februar 1911 von 55 auf 54 Stunden verkürzt. Der Stundenlohn steigt sofort um 2 Pf. am 15. Februar 1911 und 15. Februar 1912 um je 1 Pf. Die Lohn erhöhung beträgt jetzt 52–56 Pf.; sie steigt entsprechend der verbürgten Erhöhungen, so daß die unterste Lohnsgrenze ab 15. Februar 1912 56 Pf., die oberste 60 Pf. beträgt. Für Zugereiste soll der Mindestlohn auf 54 Pf. bestehen bleiben. Bezuglich des Arbeitsnachweises wurde beschlossen, daß in gemeinsamer Arbeitsnachweis errichtet wird und soll versucht werden, hierfür ein städtisches Lokal zu erhalten.

Lüneburg: Arbeitszeitverkürzung zwei Stunden, Lohn erhöhung 5 Pf. Die Arbeitszeit wird am 1. Oktober 1910 und am 1. April 1912 um je eine Stunde verkürzt; sie beträgt dann 55 Stunden. Die Stundenlöhne werden am 1. April 1910, am 1. Oktober 1910 und 1. April 1911 um je 1 Pf. am 1. April 1912 um 2 Pf. erhöht; der Mindestlohn steigt damit von 48 auf 49 Pf. Der Buschlag für die zwei ersten Überstunden beträgt 10 Pf. pro Stunde; für Nacht- und Sonntagsarbeit 15 Pf. Die Vorsiliege beträgt bei Arbeiten, die länger als einen Tag dauern 2 Pf. pro Stunde. Als Montagezuschlag wird, wenn Übernachten nicht erforderlich ist, außer freier Reise 1 Ml. pro Tag vergütet. Bei Übernachten beträgt die Vergütung bis zum 7. Tag pro Tag 2,50 Ml., bei längerer Dauer 2,25 Ml.

Oldenburg: Arbeitszeitverkürzung eine Stunde, Lohn erhöhung 4 Pf. Am 1. Januar 1913 wird die Arbeitszeit um 1 Stunde verkürzt und beträgt dann 54 Stunden. Die Stundenlöhne werden am 1. Juni 1910, am 1. Februar 1911, 2. Februar 1912 und am 1. Januar 1913 um je 1 Pfennig erhöht; der Durchschnittslohn steigt damit von 48 auf 49 Pf. Der Buschlag für Überstunden und Sonn-

tagarbeit beträgt 80 Proz. Bei auswärtigen Arbeiten ohne Übernachten wird neben freier Fahrt 1 Ml. Buschlag pro Tag bezahlt, bei Übernachten wird außer freier Fahrt und freier Station 1,50 Ml. pro Woche vergütet. Bei Arbeiten im Bau und beim Möbeltransport erfolgt ein Buschlag von 2 Pf. pro Stunde.

Potsdam und Rommers: Arbeitszeitverkürzung 1 Stunde, Lohn erhöhung 4 Pf. Die Arbeitszeit wird am 1. Januar 1913 um eine Stunde verkürzt und beträgt dann 52 Stunden. Der Stundenlohn steigt am 1. Juni 1910, 1. Januar 1911, 1. Januar 1912 und 1. Januar 1913 um je 1 Pf. Der Durchschnittslohn beträgt jetzt 50% Pf. und steigt in der Vertragszeit auf 54 1/2 Pf. Tischler, die ausbildungsfrei an Maschinen arbeiten, erhalten 5 Pf. Buschlag pro Stunde. Bei Überzettelarbeit beträgt der Buschlag für die ersten zwei Stunden 15 Pf. für die beiden folgenden 20 Pf. für Nacht- und Sonntagsarbeit 25 Pf. pro Stunde. Für Arbeit außerhalb der Werkstatt beträgt, wenn dieselbe innerhalb einer Woche länger als 5 Stunden währt, der Buschlag pro Stunde 8 Pf. Außerhalb des Ortes und innerhalb des Innungsbezirks beträgt der Buschlag 6 Pf., außerhalb des Innungsbezirks 10 Pf. Ist Übernachten notwendig, so tritt an Stelle der Stundenzuschläge eine Tagesauslage von 2,80 Ml.

Quedlinburg: Arbeitszeitverkürzung zwei Stunden, Lohn erhöhung 5 Pf. Die Arbeitszeit wird am 1. Oktober 1911 und am 1. Januar 1913 um je 1 Pf. erhöht. Hierdurch steigt der Durchschnittslohn, der jetzt 40 Pf. beträgt, auf 45 Pfennig. Der Buschlag für Überstunden beträgt 10 Pf. für Nacht- und Sonntagsarbeit 15 Pf. pro Stunde. Für auswärtige Arbeiten wird ein Buschlag von 85 Pf. pro Tag gewährt. Ist Übernachten notwendig, so erhalten Verkehrsräte 2 Ml., Lebige 1,50 Ml. pro Tag. Bei Bauarbeiten außerhalb der Werkstatt erhöht sich der Stundenlohn um 2 Pf.

Stendeburg: Arbeitszeitverkürzung eine Stunde, Lohn erhöhung 5 Pf. Am 1. April 1912 wird die wöchentliche Arbeitszeit von 57 auf 56 Stunden verkürzt. Der Stundenlohn wird am 1. April 1910 um 2 Pf. erhöht. Hierdurch steigt der Durchschnittslohn, der jetzt 40 Pf. beträgt, auf 45 Pfennig. Der Buschlag für Überstunden beträgt 10 Pf. für auswärtige Arbeiten wird ein Buschlag von 85 Pf. pro Tag gewährt. Ist Übernachten notwendig, so erhalten Verkehrsräte 2 Ml., Lebige 1,50 Ml. pro Tag. Bei Bauarbeiten außerhalb der Werkstatt erhöht sich der Stundenlohn um 2 Pf.

Spandau: Arbeitszeitverkürzung eine Stunde, Lohn erhöhung 6 Pf. Der Mindestlohn, der bisher 54 Pf. betrug, wird sofort, ferner am 15. Februar 1911 und am 15. Februar 1912 um je 2 Pf. erhöht. Er steigt dadurch auf 60 Pf. Die Beiträume werden an den genannten Terminen um je 1 Pf. pro Stunde erhöht. Die Arbeitszeit wird am 1. Januar 1913 von 58 auf 52 Stunden verkürzt.

Stargard: Arbeitszeitverkürzung eine Stunde, Lohn erhöhung 8 Pf. Die Arbeitszeit wird am 1. April 1911 um 1 Stunde verkürzt; sie beträgt dann 58 Stunden. Die Stundenlöhne werden am 1. April 1910 um 2 Pf. am 1. April 1911 um 1 Pf. erhöht.

Stettin: Arbeitszeitverkürzung zwei Stunden, Lohn erhöhung 4 Pf. Die Arbeitszeit wird am 1. Oktober 1910 und 1. Oktober 1912 um je eine Stunde verkürzt und beträgt dann 54 Stunden. Die Stundenlöhne werden sofort um 2 Pf. am 1. Oktober 1910 und 1. Oktober 1912 um je 1 Pf. erhöht. Der Mindestlohn steigt auf 47 Pf.

Thorn: Arbeitszeitverkürzung 2 Stunden, Lohn erhöhung 5 Pf. Die Arbeitszeit wird sofort um 1 Stunde und am 1. Januar 1913 um eine weitere Stunde verkürzt; sie beträgt dann 56 Stunden. Der Lohn wird sofort um 2 Pf. am 15. Februar 1911, 15. Februar 1912 und 1. Januar 1913 um je 1 weiteren Pfennig erhöht. Der Durchschnittslohn steigt hierdurch von 41 auf 46 Pf. Das Montagegeld für auswärtige Arbeiten wird von 1,50 Ml. auf 2 Ml. pro Tag erhöht.

Zeitz: Arbeitszeitverkürzung 2 Stunden, Lohn erhöhung 6 Pf. Die Arbeitszeit wird sofort um eine Stunde und am 1. Januar 1913 um eine weitere Stunde verkürzt; sie beträgt dann 54 Stunden. Die Stundenlöhne werden sofort um 2 Pf. am 15. Februar 1911, 15. Februar 1912 und 1. Januar 1913 um je einen weiteren Pfennig erhöht. Der Mindestlohn steigt auf 40 Pf. Durch diese Erhöhung von 40 auf 44 Pf. Für Arbeiter unter 20 Jahren beträgt er 38 Pf. und steigt am 1. Januar 1913 auf 37 Pf. Der Buschlag für Überstunden beträgt 10 Pf. für Nacht- und Sonntagsarbeit 15 Pf. pro Stunde. Für Montagearbeiten außerhalb des Vertragsgebietes wird ein Buschlag von 2 Ml. pro Tag und Fahrgehalt gewährt. Bei Arbeiten außerhalb der Werkstätte beträgt der Buschlag 5 Pf. pro Stunde.

Bittau und Groß-Schönau: Lohn erhöhung 4 Pf. Die Arbeitszeit bleibt weiter 55 Stunden. Der Stundenlohn wird am 1. April 1910 und 1. April 1911 um je 1 Pf. am 1. April 1912 um 2 Pf. erhöht.

Erläutert sei noch, daß in den meisten Städten die Bildung einer paritätischen Schlüttungstrimmision vorgenommen ist, die etwaige Differenzen beizulegen hat. In einer Reihe von Orten ist auch die Revision bezw. die Ausarbeitung eines Akkordtarifes vereinbart, für dessen Fertigstellung in der Regel ein bestimmter Termin in Aussicht genommen ist. An dem, schon bei den Vertragsverhandlungen in Berlin 1907 und in Leipzig 1908 aufgestellten Grundsatz, daß dort, wo bessere Bedingungen als die im Vertrag vorgeesehenen vorhanden sind, diese bestehen bleiben, wurde auch diesmal festgehalten. In einer Anzahl von Verträgen ist diese Bestimmung auch ausdrücklich aufgenommen worden. Sämtliche Verträge gelten drei Jahre, bis zum 15. Februar 1918, mit Ausnahme des Vertrages für Königsberg, für welchen eine vierjährige Dauer vorgesehen ist.

Besonders erfreulich ist es, daß wir die immerhin recht beträchtlichen Zugeständnisse erlangt

haben, ohne daß es notwendig war, deshalb einen Kampf zu führen. Wir geben uns in dieser Begleitung keiner Illusion hin. Wenn der Arbeitgeberverbund einen Kampf nur irgendwie erläutern können, dann hätte er die erfolgten Zugeständnisse nicht gemacht, ohne zuvor noch einmal eine Machtsprobe zu wagen. Er wird aber jedenfalls den Ausgang dieser Tarifbewegung zum Anlaß für eine lebhafte Agitation nehmen, die ihm in den Stand setzen soll, uns bei späteren Gelegenheiten noch energischer die Bahn zu weisen, als es ihm diesmal möglich war. In der gleichen Weise werden aber auch wir arbeiten müssen, wenn wir vermeiden wollen, daß wir bei der unausbleiblichen Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeberverbund den härteren ziehen.

Einstweilen dürfen wir uns des auf friedlichem Wege erzielten Erfolges freuen. Die Tarifbewegung des Jahres 1910 hat keine besonderen Anforderungen an die Verbandsklasse gestellt; diese ist intakt, und sie wird ihre Unterstützung den Kollegen leihen können, welche im Bereich stehen, die Besserung der Konjunktur zur Gewinnung ihrer wirtschaftlichen Lage auszunehmen. Das Jahr 1910 wird aller Voraussicht nach ein Kampftag werden. Der Ausgang der erfolgreichen Tarifbewegung, mit welcher es eröffnet wurde, läßt uns hoffen, daß es den deutschen Holzarbeitern weitere Erfolge bringen wird.

Stimmen zum Verbandstag.

Der Gau tag in München hat sich, wie uns ein Telegramm meldet, mit 28 gegen 9 Stimmen gegen die Einführung von Staffelbeiträgen entschieden. Der Antrag des Verbandsvorstandes auf Beitragserhöhung wurde mit dem gleichen Stimmenverhältnis gutgeheißen.

Der Gau tag in Hamburg hat, wie uns ebenfalls telegraphisch gemeldet wird, die Einführung von Staffelbeiträgen mit 51 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Der Antrag des Vorstandes, den Beitrag auf 60 Pf. zu erhöhen, wurde einstimmig angenommen.

In Nr. 11 der „Holzarbeiter-Zeitung“ wird in einem längeren Artikel die Beitragsfrage behandelt und für die Erhöhung des Beitrages Propaganda gemacht. Es wird darauf hingewiesen, daß in Anträgen zu den Gau tagen, die in nächster Zeit stattfinden, ebenfalls Stimmung für Beitragserhöhung gemacht wird. Wenn in dem Artikel gesagt wird, daß durch Beitragserhöhung der Bedrang von Mitgliedern ein so starker sei, so nimmt mich wunder, warum nicht schon der leste Verbandstag eine Beitragserhöhung eingeführt hat und der Hauptvorstand, statt mit einem derartigen Antrag an den Verbandstag heranzutreten, sich damit begnügte, einen Antrag zu stellen, den 20prozentigen Anteil der Lokalkasse auf 10 Proz. zu reduzieren. Ich meine, der Grund für den Bedrang der Kollegen zum Verband wird der gleiche sein, wie der, welcher es notwendig erscheinen läßt, die Beiträge zu erhöhen. Aus purer Lust, um hohe Beiträge zu zahlen, wird es wohl nicht sein.

Wenn dann ganz richtig auf die große Opferwilligkeit der Kollegen hingewiesen wird, so glaube ich, sollte das auch ein Grund sein, von einer Beitragserhöhung Abstand zu nehmen, da die Kollegen seither, wenn der Ruf zum Kampf an sie ergangen ist, bewiesen haben, daß sie den Ernst der Situation zu würdigen wissen. Der jetzige Zeitpunkt, im Zeichen der allgemeinen Teuerung und schlechten Arbeitsgelegenheit, ist nicht dazu angetan, die Kollegen vor neuen Opfern zu stellen, ganz abgesehen davon, daß ganz gewiß ganz beträchtliche Summen der Hauptklasse zufließen durch die Extrasteuern, die jetzt geleistet wird, wovon der Hauptklasse wohl eine schöne Summe zur Verfügung bleibt.

Nun noch einige Worte zu den Staffelbeiträgen. Kollege Schneegath hat auf dem vorigen Gau tag in Stuttgart ausgeführt, daß in Hamburg zu Anfang des Verbandes 15 Pf. Wocheneintrag gezahlt wurden und jetzt 1,50 Ml. pro Woche. Er stellte sich auch auf den Standpunkt mit seinen Ausführungen wie der Artikel in Nr. 11, nämlich daß gerade durch hohe Beiträge der Verband gewachsen sei. Ich bin anderer Meinung: gerade weil man den Kollegen es möglich mache, durch einen kleinen Beitrag sich dem Verband anzuschließen, könnte man sie dazu erziehen und von der Notwendigkeit, höhere Beiträge zu leisten, überzeugen. Es wird niemand bestreiten wollen, daß wir heute noch in Deutschland Gegenden haben, die in bezug auf Arbeitsverhältnisse ist noch hinter denen Hamburgs, wie sie dort zu Anfang unseres Verbandes waren, zurück sind. Ich möchte dem Artikelschreiber raten, den Versuch zu machen, unter Kollegen mit einem Verdienst von 2,50 Ml. bis herab auf 1,80 Ml. täglich, wie ich sie schon mehrfach festgestellt habe, unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen mit hohen Beiträgen Agitation zu betreiben; er darf seine Ansicht im wesentlichen ändern. Ich würde es im Interesse des Verbandes aufs freundlichste begrüßen, wenn der diesjährige Verbandstag entgegen der Ansicht des Hauptvorstandes, der es als unzureichend gezeichnet, die Klassenbeiträge einzuführen, dieses beschließen würde. Es würde bestimmt nicht zum Nachteil des Verbandes sein. Was in anderen Organisationen möglich ist, müßte auch bei uns durchführbar sein.

Ich glaube damit meine Ansicht begründen zu können, daß gerade an Orten mit schlecht entlohnten Kollegen die politische Organisation bessere Fortschritte macht wie an Orten mit einer großen Anzahl Gewerkschaftsmitgliedern. Es zeigt sich dadurch, daß die Kollegen wohl fortschrittlich gesinnt sind, daß sie aber wegen der hohen Verbandsbeiträge zurücktreten, sich dem Verbande anzuschließen. Es wäre überhaupt wünschenswert, sich darüber klar zu werden, ob dadurch, daß die Kollegen zu immer höheren Beiträgen herangezogen werden, die Partei nicht Nut-

selbst. Es ist eben vielen Kollegen nicht mehr möglich, oder besser gesagt, es will nicht mehr möglich sein, die Partei-presse zu abonnieren oder gar zahlende Parteimitglieder zu sein. Dass das ein Schaden für die Arbeiterbewegung ist, wird wohl jeder denkende Kollege begreifen. Was nicht und eine der Zahl nach groÙe Gewerkschaft, wenn auf der anderen Seite die Partei, die die Interessen der Gewerkschaften in den Parlamenten vertreten soll, vernachlässigt wird. Möchten das die Kollegen in Zukunft, wenn sie über berufliche Beschlüsse beraten und entscheiden, mehr wie bisher berücksichtigen; es wird gewiss zum Vorteil des Verbandes wie der einzelnen Kollegen sein.

Freiburg i. B.

Fr. Schlech.

Soziales.

Das Schnapsblat-Wahlrecht.

n. Am 20. Oktober 1908 versprach der König von Preußen in der Thronrede, mit der er den preußischen Landtag eröffnete, eine Reform des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus. Es sei sein Wille, so verkündete der König, "dass die Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, die der wirtschaftlichen Entwicklung der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erklärung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht". Diese Worte erweckten unter den Wahlrechtsfreunden keine allzu großen Hoffnungen; man sagte sich mit Recht, dass die Regierung, wenn sie etwas Ernstliches an dem Wahlrecht zu ändern beabsichtigte, dies mit klaren Worten sagen und ihre Absichten nicht heiter verschleißen würden. Namentlich machte das Wort "organisch" verdächtig, von altersher die Bußflucht aller Angstseelen, die vor jedem entschlossenen Vorwärtschreiten, auch wenn es die Umstände noch so sehr fordern, zurückdrücken. Die von der Regierung bearbeitete und im Herbst 1909 herausgegebene Statistik über die Wahlen von 1908 erhöhte die Besorgnis, dass die angekündigte Wahlreform nicht viel mehr als nichts bringen würde, denn der Anfang Februar dieses Jahres die ersten Nachrichten über den Inhalt der preußischen Wahlreformvorlage in die Öffentlichkeit drangen, da zeigte sich, dass alle Besorgnisse und Befürchtungen der Wahlrechtsfreunde noch weit hinter der Wirklichkeit zurückliegen. Im Mai 1909 ist das preußische Dreiklassenwahlrecht geschaffen worden. Unterdessen sind 60 Jahre vergangen, 60 Jahre gewaltiger, wirtschaftlicher Entwicklung, tiefgehender gesellschaftlicher Umwälzung, umfassender Höherbildung der Massen in politischer und geistiger Hinsicht. Das entrichtete Volk fordert seit langen Jahren, erst vereinzelt und zaghaft, dann immer ungestümter und mächtoller, zuletzt in gewaltigen Demonstrationen den ihm gebührenden Anteil an der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten in Preußen; es fordert im größten deutschen Bundesstaate das, was die Arbeiter um Deutschland herum, in England, Frankreich, Österreich usw. schon längst haben, was es selber schon im Reiche hat: das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht — und die preußische Regierung bietet ihm, nach 60 Jahren des Warrens und Forderns, das alte schmachvolle und ruchlose Dreiklassenwahlrecht, das elende Schandwerk einer reaktionären Zeit, die frevelhafte Ausgeburt eines königlichen Verfassungsbruches, versehen mit einigen Bliden und Lappen, die eine "Reform" vorzutäuschen bestimmt sind.

Nichts Wesentliches war durch die Regierungsvorlage an dem bestehenden Unrecht geändert worden. Es blieb der Geldächtercharakter des preußischen Wahlrechts durch Aufrechterhaltung der Dreiklassenwahl, höchstens, dass einige Prozent aus der zweiten in die erste und aus der dritten in die zweite Klasse kamen; die große Masse des Volkes — ob es nun 83 Proz. wie bisher, oder 80 bis 75 Proz. wie in Zukunft sind — sah sich der Uebertümung durch die beiden ersten Klassen ausgeliefert. Es blieb die öffentliche Stimmabgabe, d. h. der Terrorismus der Scharfmacher im Westen, der Junfer im Osten und der Klerikalen in den Zentrumsgegenden, der Terrorismus, der Hunderttausende zwang, entweder gegen ihre Überzeugung zu stimmen oder sich der Wahl zu enthalten. Von den drei "Schönheiten" des preußischen Wahlrechts sollte nur die indirekte Wahl fallen, die Wähler sollten in Zukunft den Abgeordneten unmittelbar wählen, statt ihn wie bisher durch die Wahlmänner wählen zu lassen. Welch ein Fortschritt, welch Entgegenkommen dem demokratischen Zug der Zeit gegenüber! Aber halt, es gab noch etwas: die Steuerleistung sollte über 5000 Mt. nicht mehr angezettet werden, und dann sollte noch eine Auslese unter den Wählern getroffen, es sollten die sogenannten Kulturräger, d. h. diejenigen in einer höheren Wählerabteilung befördert werden, die sich durch "höhere Bildung", gereiste Berufserfahrung" und "verdienstvolle Tätigkeit im öffentlichen Leben" ausweisen konnten. Damit sollte angeblich dem Wahlrecht der "plutokratische" Charakter genommen und neben dem Beizt auch die "Bildung" zur Geltung kommen. In Wirklichkeit handelte es sich nur darum, die ohngeheure Bursauffälligkeit in die höheren Abteilungen zu schieben, damit sie dort unter der Fuchtel der öffentlichen Stimmabgabe im Sinne der Regierung stimmen.

Das war also die "organische Fortentwicklung" des preußischen Wahlrechts! Hätten wir nun im preußischen Abgeordnetenhaus Parteien, die sich ihrer Pflicht als Volksvertreter bewusst wären, dann wäre einmütig dem Nachdruck der Regierung die gebührende Antwort erteilt

und dem Herrn von Bethmann Hollweg seine sogenannte Wahlreform in Flehen vor die Füße geworfen worden. Aber das preußische Parlament ist kein Volkshaus. Dort haben die beiden konservativen Parteien, die ausgesprochenen Gegner einer wirksamen Wahlreform, für sich beinahe schon die Mehrheit; dort sitzen die Nationalliberalen, die sich allenfalls zu dem Zugeständnis der geheimen und direkten Stimmabgabe, aber immermehr zur Gewährung des gleichen Wahlrechts vertraten. Und dann das Zentrum! Diese Partei hat sich zwar von jener, wenn auf das Wahlrecht die rede kam, stolz in die Brust geworfen und verkündet, dass in seiner Frage das Zentrum so zuverlässig sei, als gerade in der Wahlrechtsfrage; ihre Agitatoren wiesen unausgesetzt darauf hin, dass schon im Jahre 1873 das Zentrum im preußischen Abgeordnetenhaus tätig gewesen sei für die Einführung des Reichswahlrechts in Preußen, eine Forderung, an der es arbeiten werde, bis sie erfüllt sei. Aber was sind Programmklärungen, was sind Wahlversprechungen beim Zentrum? Nachdem es den schmachhaften Wortschlag bei der Reichsfinanzreform zu stande gebracht, nachdem es im Sommer 1909 die Versprechungen gebrochen, die es bei der Wahl 1907 bezüglich der indirekten Steuern seinen Wählern gegeben hatte, warum sollte es gewissenhafter sein bei der preußischen Wahlreform, zumal sein Verhältnis zu den Konservativen durch die Reichsfinanzreform sich derart eng gestaltet hat, dass ein Zusammenhalten der blau-schwarzen Brüder auch in der Frage der preußischen Wahlreform die ganz notwendige Folge sein müsste.

Der Kuhhandel zwischen den Ultramontanen und Konservativen war ohne Zweifel in seinen Grundlagen schon vorher festgelegt, ehe er in der Wahlrechtskommission zutage trat. Das geheime Wahlrecht wurde mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen, und ebenso wäre das direkte Wahlrecht in der Kommission wie auch im Plenum angenommen worden. Das wäre zwar nicht viel, aber wenigstens etwas gewesen. Aber den Konservativen war auch dieses Etwas noch zu viel, und deshalb voten sie den Ultramontanen das geheime Stimmrecht, wenigstens für die Urwahlen, dafür erklärt sich diese bereit, das indirekte Stimmrecht, das die Wahlen auf dem Lande völlig der Willkür der Konservativen ausliefert, bestehen zu lassen. So geschah es, und seit dieser Zeit arbeitete in den weiteren Verhandlungen in der Kommission und im Plenum die Firma Heydebrand und Herold so prompt und einträchtig, dass alle Bemühungen der übrigen Parteien, selbst die der zahmen Nationalliberalen, doch hier und da noch einige Verbesserungen anzubringen, von der blau-schwarzen Gesellschaft samt und sondes zurückschwiesen wurden. In der zweiten Lesung im Plenum, wo die Parteien ihre weitergehenden Anträge wieder einbrachten, stimmte das Zentrum, die "glorreiche Volkspartei", sowohl gegen das gleiche, wie das geheime und direkte Wahlrecht; es stimmte gegen die Sicherung des Wahlgeheimnisses; es hat sich aufgelehnt gegen die Anträge auf gerechte Ginteilung der Wahlkreise; es hat die Drittwahl für Orte unter 2000 Einwohnern und damit die Stärkung des junkerlichen Terrorismus durchgefegt, von vielen anderen Fällen, wo es Verbesserungen verhüttet und Verschlechterungen bewirkt hat, ganz zu schweigen. Dafür hat es, nachdem die Vorschläge der Regierung bezüglich der Bevorzugung der sogenannten Kulturräger schon zuridgewiesen waren, in letzter Stunde noch dafür gesorgt, dass die Leute mit dem Abiturientenexamen in eine höhere Wählerklasse befördert werden, was weiter nichts ist, als eine Bevorzugung derjenigen, deren Eltern das nötige Geld haben, um ihre Söhne auf die höheren Schulen zu schicken.

Für die Arbeiter, für die große Masse der kleinen Leute in Stadt und Land, kommt bei der preußischen Wahlreform nichts heraus, sie bleiben entrichtet, wie sie es bisher waren — dank vor allem dem Zentrum, das seiner unausgesetzten Verräterei durch ein ganz besonderes Meisterstück die Krone aufgesetzt hat. Und in der dritten Lesung, die am Mittwoch, 18. März, stattgefunden hat, stimmte in der Schluzabstimmung über das ganze Gesetz das Zentrum geschlossen, d. h. auch die Herren "Arbeitervertreter", die Herren Giesberts, Brust, Gronowski usw. traten für das Nachwort der Firma Heydebrand und Herold ein. Das ist bei allem Nachlosen, das die Geschichte des preußischen Wahlrechts kennt, das Nachloseste, dass es Arbeiter gibt, gewählt von Arbeitern, die den unsäglich traurigen Mut fanden, sich an diesem Verrat an der eigenen Klasse zu beteiligen — unter dem erschreckenden Umstand, dass eine Anzahl dieser Herren Arbeitervertreter gewählt sind mit Hilfe von Sozialdemokraten, denen sie vorher das Versprechen gegeben hatten, für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einzutreten!

So ist nun die preußische Wahlreform Gesetz geworden. Das Abgeordnetenhaus hat gesprochen und das Herrenhaus wird seinen Segen dazu geben. Jetzt ist die Meile zu reden nicht nur, sondern auch zu handeln, am Volke. Und dieses wird die richtigen Worte und die richtigen Taten, die zur wirklichen Wahlreform im Sinne des Volkes führen, schon zu finden wissen. Das dürfen wir mit Bestimmtheit aussprechen: dem Wechselsbalg, der aus den Händen der schwarz-blauen Wahlrechtsfeinde hervorgegangen ist, wird kein langes Leben beschert sein. Man weiß, dass Kinder, die unter der Einwirkung des Alkohols erzeugt werden, elend zur Welt kommen und bald zu grunde gehen. Die blau-schwarze Mehrheit hat sich im Reiche unter dem Beizen des Schnapses gefunden, und ein Produkt dieser alkoholistischen Paarung ist auch die preußische Wahlreform, dieses mit allen Merkmalen der

Entartung verschene Unglücksweise. Es wird bald ausgelitten haben, unsere, der Arbeiter, Aufgabe ist es, ihm sein schicksalhaftes Dasein möglichst abzulösen.

Der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung ist nunmehr vom Bundesrat durchgegangen und dem Reichstag kurz vor Beginn von dessen Sitzungen zugegangen. Die Änderungen, die der Gesetzentwurf gegenüber der Vorlage des Reichsamtes des Innern erfahren hat, welche der öffentlichen Kritik unterbreitet war, sind nicht sehr wesentlich. Insbesondere ist keiner der Einsätze berücksichtigt worden, welche von den Arbeitern erhoben wurden. Allerdings handelt es sich bei der Vorlage nicht um eine organische Verschmelzung der Arbeiterversicherungsgesetze, sondern nur um deren Zusammenfassung in ein einziges Gesetz, wobei die Besonderheiten der einzelnen Versicherungsarten erhalten bleiben. Neu hingegen kommt die Hinterbliebenenversicherung, welche allerdings mit der Kinderschutzversicherung verschmolzen wird.

Es bleibt in der neuen Vorlage bei der Hälfte der Beiträge für die Krankenversicherung, wodurch den Arbeitern die Selbstverwaltung dieser Institute geräubt werden soll. Das scheint übrigens für die Regierung der Hauptzweck der ganzen Reform zu sein. Den Wünschen der Unternehmer ist insofern entgegengesommen worden, als bezüglich der Betriebsrentenversicherung einige Erleichterungen gegenüber dem ersten Entwurf geschaffen wurden. Die Versicherungsbüro sind zwar nach dem neuen Entwurf beibehalten, aber sie sollen bei der Festsetzung der Renten für Unfallverletzte nicht mehr mitwirken. Die Unternehmer haben so energisch verlangt, dass dieses Recht der Rentenfestsetzung den Berufsgenossenschaften reserviert bleibt, dass die Regierung nicht widerstehen konnte. Auf die sonstigen Einzelheiten der neuen Vorlage kommen wir später zurück.

Verbandsnachrichten.

Kenntnismachungen des Vorstandes.

Gemäß den Bestimmungen des Status und dem Beschluss des Verbandsstags in Stettin berufen wir hiermit den

Achtern ordentlichen Verbandsstag auf Sonntag, den 10. Juni 1910 nach München ein. Am 10. Juni findet abends die konstituierende Vorversammlung statt, während am 11. Juni die eigentlichen Verhandlungen des Verbandsstages beginnen werden.

Die näheren Bestimmungen über die Wahl der Delegierten werden den Wahlstellenverwaltungen in dieser Woche mittels Circulars bekanntgegeben.

Neben der Aufstellung von Kandidaten und den sonstigen Vorbereitungen der Delegiertenwahlen wollen die Wahlstellen sich nun auch mit der Beratung extraiger Anträge für den Verbandsstag beschäftigen. Nach § 98 des Status müssen Anträge zum Verbandsstag 8 Wochen vor demselben an den Verbandsvorstand eingesandt und von letzterem 6 Wochen vor Zusammentritt des Verbandsstages im Verbandsorgan veröffentlicht werden.

Wir ersuchen deshalb, alle Anträge bis zum 23. April an uns einzufinden, damit sie rechtzeitig von uns veröffentlicht und alsdann von allen Wahlstellen beraten werden können.

Jeder einzelne Antrag ist für sich auf einem besondern Blatt Papier einzureichen.

Der seit 1. Februar d. J. von der Hauptklasse erhobene Extrabeitrag von 20 Pf. wird hierdurch ab 1. April auf 10 Pf. pro Mitglied und Woche herabgesetzt. Die Wahlstellen haben hierauf ab 1. April von jedem Wochebeitrag 50 Pf. an die Hauptklasse abzuführen. Den Extrabeitrag ganz aufzuheben, ist leider unmöglich wegen der hohen Anforderungen, welche die Unterstützung der Lohnbewegung im ganzen Reiche auch nach Abschluss der jetzigen Kämpf bewegung an die Hauptklasse stellt. Diese immer mehr steigenden Ansprüche erfordern vielmehr eine dauernde Stärkung der Hauptklasse, und um zugleich für die weitere Zukunft die Erhebung von Extrabeiträgen möglichst zu vermeiden, unterbreitet der Vorstand den Mitgliedern hiermit den Antrag, den regelmässigen Verbandsbeitrag von 50 Pf. auf 60 Pf. pro Woche zu erhöhen. Von dem 60 Pf.-Wochebeitrag, der nach dem Antrag des Vorstandes am 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten soll, sollen 50 Pf. der Hauptklasse und 10 Pf. der Lokalklasse zufallen, sofern nicht der Verbandsstag hierüber anders beschließt. Mit der Einführung des 60 Pf.-Beitrages am 1. Juli sollen die jetzigen Extrabeiträge in Wegfall kommen. Da in einigen Wahlstellen, in denen die Löhne infolge der Krisis oder wegen der Rückständigkeit der Industrie noch sehr gedrückt sind, eine Beitragserhöhung deswegen zurzeit mit grösseren Schwierigkeiten verbunden wäre, soll der Vorstand ermöglicht sein, für die Mitglieder aus den Branchen mit besonders niedrigem Verdienst in diesen Wahlstellen die Durchführung des 60 Pf.-Beitrages bis zu einem späteren, günstigeren Zeitpunkt auszuschieben. Auf gemeinsamen Beschluss des Vorstandes und Ausschusses soll über vorstehenden Antrag eine Urabstimmung bestimmt werden. Der Mitgliedern entscheidet hierüber wird der Vorstand gelegentlich der Aussage der Hauptklasse in jedem noch belauftgegeben werden. Als Termin für die Rücklieferung der Stimmzettel und die Feststellung des Abstimmungsresultats ist der 23. April festgesetzt worden, so dass die Mitglieder Gelegenheit haben, vor der Abstimmung zu dem Antrage des Vorstandes in den Wahlstellenversammlungen und auf den Gau-Tagen Stellung zu nehmen. Die Stimmzettel zur Urabstimmung werden in nächster Woche an alle Wahlstellen versandt.

Unter der Voraussetzung, dass der Verbandsbeitrag auf 60 Pf. pro Woche erhöht wird, hat der Vorstand folgenden Antrag an den Verbandsstag beschlossen:

Eine Erhöhung der Streikunterstützung in der Weise vorzunehmen, dass dieselbe ähnlich den übrigen Unterstützungen nach der Mitgliedschaftsdauer abgestuft wird. Außerdem an Verheirate bis zu 3 Kindern statt

bisher 3) unter 14 Jahren pro Kind und Woche 1 Ml. zu zahlen, so daß die Unterstützung im einzelnen betragen soll:

| Dauer der Mitgliedschaft | Unterstützung pro Woche | Höchstbetrag |
|--------------------------|-------------------------|--------------|
| 26 Wochen | 9 Ml. | 15 Ml. |
| 52 " | 12 " | 18 " |
| 186 " | 18 " | 19 " |
| 260 " | 14 " | 20 " |

Zum Hinblick auf die schwedende Beitragsfrage und damit die bevorstehenden Haftage sich mit ihm beschäftigen können, unterbreiten wir diesen Antrag schon jetzt den Mitgliedern zur Diskussion.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 18. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsmäßig die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Volksbeitrages ab 1. April erteilt: Gisbachen 10 Pf., Hildesheim 20 Pf., Pr. Holland 15 Pf.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

62700 Ernst Fink, Tischler, geb. 22. 7. 46 zu Johanngeorgenstadt.

93870 Hermann Küble, Tischler, geb. 5. 2. 68 zu Wangerin, 190936 Heinrich Nagel, Tischler, geb. 16. 4. 60 zu Marne, 203808 Max Trumbold, Tischler, geb. 10. 1. 80 zu Vollstadt.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Bremervörde. In der am 18. März stattgefundenen Versammlung unserer auf 15 Kollegen angewachsenen und zur Zahlstelle Bremerhaven gehörenden Mitgliedschaft fand eine lebhafte Aussprache über die am Ort bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse statt. Dieselben wurden allseitig als bringend verbessерungsbedürftig bezeichnet. Sodann wurde lebhaft Klage über das Umshauen derzureisenden Kollegen geführt. Ein Beschluss geht dahin, das Umschauen zu verbieten und die zu reisenden Kollegen zwecks Auskunft an den Vertrauensmann oder Herbergswirt zu verweisen. Die Versammlungen sollen in Zukunft regelmäßig, und zwar jeden ersten Sonnabend im Monat stattfinden. Den Kollegen rufen wir zu: Halten fest an der Organisation, besuchst fleißig die Versammlungen, dann geht's auch bei uns vorwärts!

Wittmund. In den beiden Stuhlfabriken Anton Winkler und Franz Winkler u. Sohn nachfolger beträgt die Arbeitszeit nach 60 Stunden pro Woche und dabei wird ein Lohn gezahlt bis herunter auf 23 Pf., ja sogar 20 Pf. Die von uns im November vorigen Jahres aufgenommene Statistik ergibt ein Jahreseinnommen von 900 Ml. im Durchschnitt bei den Stuhlbauern. Bei den Maschinenarbeitern dürfte der Durchschnittslohn nicht viel über 700 Ml. pro Jahr betragen. Im Betriebe von Anton Winkler ist zu allen Nebeln noch ein Lohnzahlungssystem eingeführt, wonach die Kollegen, die eine Woche einmal ein paar Mark mehr verdient haben als sonst, den Überschuss nicht ausgezahlt bekommen, dieser wird vielmehr für die nächste Woche aufgerechnet, wo es dann so schlechte Arbeit gibt, daß der Überschuss wieder drausgeht. Auf diese Weise bemerken es viele Arbeiter gar nicht, wie miserabel manche Stuhlarten bezahlt werden. Das Mecht, bei neuen Mustern den Lohn selbst mitzukalkulieren, welches den Arbeitern in den übrigen sächsischen Stuhlfabrikorten zusteht, gibt es hier nicht. Den besseren Arbeitern wird der Lohn diffiziert. Höchstens, wenn einer beim Meister in Gunst steht, kann er noch ein paar Groschen mehr bekommen. So ist es schon vorgekommen, daß ein und derselbe Stuhl zu drei verschiedenen Preisen gemacht worden ist, was wohl die Güntlingswirtschaft am meisten illustriert. Arbeiterausschuß oder gar Lohnkommission gibt es bei der Firma nicht. Ähnlich liegen auch in anderen Betrieben die Verhältnisse, nur daß hier der Stuhlbauemeister etwas ruher ist. Die Löhne sind hier noch geringer als bei der ersten Firma. Es ist vorgekommen, daß ein Kollege in 14 Tagen mit 9,85 Ml. Lohn hingehen mußte. Über 80 Ml. in 14 Tagen sind in letzter Zeit nur wenige gekommen. In diesen Stuhlbetrieben müssen auch die Tischler noch 60 Stunden arbeiten, gegen 58 in den Tischlereien. Auf Grund dieser schlechten Arbeitsbedingungen herrschen unter den Kollegen Uneinigkeit und Misstrauen, die jede Verbesserung unmöglich machen. Über der ständige Druck und die fortwährende Steigerung der Wohnungsmiete und Lebenshaltungskosten wird auch diese Kollegen endlich erweden und vereinigen zu dem einen Ziel, der Ausbeutung ein Halt zu gebieten.

Münster. (Pinselmauer.) In zahlreich besuchter Versammlung wurde die verbessерungsbedürftige Lage der hiesigen Münzen- und Pinselmacher lebhaft diskutiert. Die erhebliche Annahme der Mitgliederzahl gegen das Vorjahr beweise, daß trotz Krise und hierdurch bedingter schlechterer Erwerbsverhältnisse die hiesige Kollegenschaft ein lebhaftes Interesse am Verbandsleben befindet. Die Ausschreitungen in der "Holzarbeiter-Zeitung" über die Zentralkommission wurden eingehend erörtert und gelangte die Versammlung zu dem Schlus, daß die Kommission weder verlegt noch aufgehoben werden soll. Wegen einiger nicht erfüllter Erwartungen solle sich die Kommission nicht beirren lassen, sondern im Sinne der bisherigen Tätigkeit weiter arbeiten. Beuglich der Erweiterung des Betätigungsfeldes der Kommission soll zum nächsten Betriebsstag dahin gewirkt werden, daß sie die Befugnis erhält, für die Interessen der Kollegen und Kolleginnen in jeder Beziehung tätig zu sein.

Passau. In unserer Zahlstelle ist ein gesunder, frischer Blut unter den Kollegen und Kolleginnen eingezogen. Zeigen doch die guten Versammlungsbesuche, daß alle Holzarbeiter in unserem Orte den Ernst der Zeit begreifen. Es sind seit kurzer Zeit 12 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Die letzte Mitgliederversammlung, in der ein Kollege aus unserer Mitte einen Vortrag hielt, war

sehr gut besucht. Nur die Beitragserhöhung trifft viele unserer Kollegen hart. Der größte Teil der Mitglieder ist in einem Betriebe der Leistenbranche beschäftigt, in welchem für Maschinenarbeiter noch Löhne von 8,20 Ml. bis 8,60 Ml. und nur ganz vereinzelt bis 4,50 Ml. bezahlt werden. Dabei steigen in Passau die Wohnungs- und Lebensmittelpreise immerwährend, so daß mit den gezahlten Löhnen diese Preise kaum mehr zu erschwingen sind. Verlangen die Arbeiter in diesem Betriebe mehr Lohn, so werden sie brüder abgewiesen. In München haben die Maschinenarbeiter die Stunde 66 und 68 Pf. Da kann sich der Betriebsinhaber nicht wundern, wenn die Arbeiter seines Betriebes unzufrieden werden. Wenn der Magen einmal zu knurren anfängt und man ihn nicht füllen kann, wird auch der ruhigste Arbeiter unzufrieden. Am Untreiben fehlt es nicht, so daß die Arbeiter der Ansicht sind, wenn man das Neuerste leisten soll, so muss auch der Lohn danach sein. Sämtliche in der Leistenbranche beschäftigten Kollegen seien aufmerksam gemacht, daß, bevor sie in Passau um Arbeit antragen, sie sich an den Arbeitsnachweis zu wenden haben, um vor Schaden bewahrt zu bleiben. Bei gutem Geschäftsgang werden meist viel Arbeiter eingestellt, damit die Aufträge so schnell als möglich erledigt werden; nachher, aber kommt, hauptsächlich in der Polstererei und Schreinerei, Aussehen, Verkürzearbeiten, unbekümmert, wie es den Arbeitern geht. Den einzelnen Kollegen rufen wir noch zu: Legt die kleinen, persönlichen Nebereien beiseite und haltet fest und treu zur Organisation, dann werden auch in diesem Betriebe für die Maschinenarbeiter noch Löhne erreicht werden, die den teuren Wohnungs- und Lebensmittelpreisen am Orte entsprechen. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Franz Biswanger, Gasthaus Mühlbacher Hof, und sind alle Anfragen dorthin zu richten.

Passau. Einen schönen Erfolg, der jedoch erst nachträglich zu unserer Kenntnis gelangte, haben die Säger und Holzbearbeitungsmaschinisten dem Verbande zu danken. Ein Vorjahr nach der Schreinerbewegung holt unser Gaubvorsteher eine Reihe von Versammlungen ab, unter anderem auch eine solche für die Säger in Auerbach bei Passau, die aber leider schlecht besucht war. Vom Hobelwerk Berban war kein Mann erschienen, auch ist keiner davon organisiert. Des Rätsels Lösung ist nun gefunden. In der Befürchtung, die etwa 80 Arbeiter des Betriebes könnten ihren Indifferenzstatus endlich ablegen und, angefeuert durch den Erfolg der Schreiner, sich ebenfalls der Organisation anschließen, wurden von der Firma am Tage vor der Versammlung sämtliche Löhne um 25 Pf. im Tag erhöht. Dabei wurde natürlich nicht vergessen, darauf hinzuweisen, daß man den Verband nicht braucht und den Besuch der Versammlung unterlassen möchte. Diesem Anstreben leisteten die Leute auch willig Folge. Waren diese Arbeiter etwas entfähriger, so würden sie aus diesem Vorgang auch die richtige Nutzanwendung ziehen und die Motwendigkeit der Organisation erkennen lernen. Derartige "Lohnbewegungen" unseres Verbandes sind uns mehrere bekannt, leider können sie in der Statistik nicht gebucht werden. Das eine wollen wir den hiesigen indifferenten Sägern aber doch besonders an das Herz legen: auf die Dauer können sie aber auch nicht auf einem Felde ernten, auf dem sie niemals gesät haben.

Müsselheim am Main. In das bekannte Sprichwort: "Es ist nicht alles Gold, was glänzt!" erinnern die Verhältnisse in der wohl auf der ganzen Welt bekannten Firma "Opel", Automobil-, Fahrzeug- und Maschinenfabrik. Mancher Kollege hat schon einen Opel-Prachtkraftwagen auf der Straße fahren sehen und dabei den Wunsch gehabt, auch dort einmal zu arbeiten, zumal in den Zeitungsinseraten der Firma Lebensstellung und hoher Verdienst zugesichert wird. Die Kollegen scheuen deshalb auch das Fahrzeug nicht, sondern mit großen Hoffnungen hierher, um vielleicht acht Tage später, bitter enttäuscht, diesem Dorado gern den Rücken zu lehnen, vorausgesetzt, es ist noch etwas Menschenflock vorhanden. Die meisten Wagner werden mit 81 Pf. Stundenlohn eingestellt; bei Altkörperarbeit werden die Kollegen selten mehr als 87–40 Pf. verdienen; bekommt doch ein selbständiger Kastenmacher nur 45 Pf. pro Stunde. Gelernte Wagner erhalten an der Bohrmaschine, man sollte es nicht für möglich halten, – 18 Pf. die Stunde. Nun sind ja im Maschinenraum meistens ungelernte Arbeiter, vor allem Verheiratete, die an die Schule gefesselt, naturgemäß nicht die Energie dem Kapital gegenüber finden. Dies beweist nicht nur die Arbeit, die diese Leute leisten, sondern auch die dort fehlende Organisation, der beste Gradmesser technischer Tüchtigkeit. Den modernen Organisationsbestrebungen der Arbeiter stehen denn auch diese Arbeiter fast verständnislos gegenüber, sie eignen sich vorteilhaft für Bedientenseelen. Werkt sich nun doch einmal ein tüchtiger Maschinenarbeiter nach hier, dann sorgen die Meister schon dafür, daß diese Tage der Nosen nicht zu lange dauern, dann muß dieser "böse Geist" bald wieder gebaut werden. In der Abteilung für Kleinstarosseriearbeiten Wagner, Schreiner, Stuhlbauer, Küfer und Zimmerleute bekleinander. Auch hier wird jetzt versucht, kapitalistisch mit ungelernten Arbeitern den Profit zu steigern. Vier Arbeiter benützen zusammen eine Hobelbank und 2 Schraubstöcke, uns wurde versichert, daß auch schon 12 Arbeiter sich mit einer Hobelbank begütern müssten, was doch gewiß sparsam gewirtschaftet ist. Die Seele vom ganzen Betriebe ist der Obermeister Niedl, der sich in unwürdiger Beharrlichkeit, mit allen Kraftausdrücken beschlagener Eigenart hier produziert, und dessen größte Fertigkeit Lohnabzüge sind; hat er doch erst vor kurzem unter Hinweis auf maschinelle Einrichtungen bis zu 25 Proz. abgezogen. Bitte dann einmal ein Arbeiter ganz bescheiden um eine kleine Aufbesserung, dann werden verschiedene Register im Schimpflexion gezogen, z. B.: "Sie faules Luder", "Sie fauler Schuft", "Sie sind der Faulste in der Bude", "Faule Gesellschaft", "Faule dummes Luder", "Kinderbich" usw. Ein Straßfeste herrscht hier, das wohl dem russischen Ehre machen würde. Wer nicht brav ist, nun, Grund genug, Strafe 1 Ml., das nächste Mal mehr. Die Fabrikordnung besteht außer der Neberschrift aus aufgelegten Verordnungen und Strafbestimmungen des Meisters. Schlimmer wirken jedoch die Willkürerlöse des letzteren, die nicht angeschlagen werden. Auch eine

Karikatur von Arbeiterausschuß ist da. Seide der drei Abteilungen stellt drei Männer dar, davon wird aber einer von der Fabrikleitung ernannt, die zwei anderen werden von Arbeitern gewählt, die 21 Jahre alt und mindestens ein Jahr dort beschäftigt sind. Die zu Wahlenden müssen fünf Jahre dort ihre "Tüchtigkeit" bewiesen haben. Und dieses nennt sich Ausschluß von circa 2700 beschäftigten Arbeitern. Tatsächlich ist vier Hundert der dort Beschäftigten diese soziale Einrichtung ebenso unbekannt wie die Krankenkassendelegierten. Ein Verbandsstifter wird von einer sanitär ausgebildeten Person verwaltet. Lohnzahlung ist vierzehntägig, davon bleiben jedoch fünf Tage stehen. Es kann also vorkommen, daß man drei Wochen arbeiten muß, um zwei Drittel seines sauer verdienten Lohnes erhalten zu können. Dabei ist in Müsselheim der Lebensunterhalt durchaus nicht billig. Wer bei solchen Zuständen noch Lust verspürt, hierherzukommen, dem ist nicht zu helfen. Die Firma Opel sucht Wagner und Kastenmacher. Wenn sie keine bekommt, wird sie wohl lernen, ihre Leute zu bezahlen und zu behandeln. An den dort beschäftigten Kollegen aber liegt es, dafür zu sorgen, daß diese unwürdigen Zustände endlich aufhören. Also hinein in die Organisation. Ein jeder hilft mit. Vereinzelt sind wir nichts, aber vereint sind wir alles.

Strelitz. Nicht traurige Zustände herrschen in der hiesigen Zahlstelle. Von über 80 organisierten Kollegen kommen häufig nur 17 Mitglieder in die Versammlung. Es sieht so aus, als wären alle auf Rosen gebettet. Über mit großer Enttäuschung verlassene augerechte Kollegen, die an andere Verhältnisse und anderen Verdienst gewöhnt sind, wieder unsern Ort. Doch in einer Beziehung haben wir einen großen Vorzug vor anderen Orten; wir haben nämlich ein Verkehrslokal, wo sich Kollegen an anderen Orten glücklich schägen würden, darin verkehren zu dürfen. Unsere Kollegen findet man leider mehr in anderen Lokalen. Damit aber verschuldet diese, wenn und schließlich noch unsere schönen Mäuse entzogen werden. Dieses darf nicht mehr so weiter gehen, denn wir haben noch recht großen Marktstand hier am Ort entgegenzuhalten. In einem Betriebe werden viel Überstunden gefordert, damit die Kollegen nichts nachholen können, was sie tagsüber durch Warten auf Maschinenarbeit verpasst haben. Noch trauriger ist es aber, wenn junge Kollegen unaufgefordert bis 1 Uhr nachts Überstunden machen. Dadurch verschlechtern sie nur unsere Lage. Jeden Sonnabend nach dem 15. im Monat finden Sitzungsversammlungen für Tischler statt. Hier hat jeder Kollege das Recht, seine Beschwerden vorzubringen und mitzuholen, Missstände abzuschaffen. Dafür ist unser Verkehrslokal da. Darum, Kollegen, besucht die Versammlungen, denn nur Einigkeit macht stark!

Waldburg i. Schles. Schon des öfteren haben wir uns mit den Zuständen in der Holzwarenfabrik von früher Schmidtschen in Eltwasser beschäftigen müssen. Wenn es uns noch nicht gelungen ist, diese Kollegen zur Einsicht zu bringen, so ist daran ihre Stumpfsinnigkeit und der Schnaps schuld. Von unserer Zahlstelle ist schon oft der Versuch gemacht worden, durch Werkstattbesprechungen diesen Leuten ihre überaus traurige Lage vor Augen zu führen, aber durch die Schmarotzergänzen, welche dort uppig gedehnt, ist es immer bereitst worden. Man müßte glauben, daß die "Hirsche" einmal "wild" werden müßten, aber dieses Wild ist dort so zähm, daß es den Meistern aus der Hand frißt. Wie erust es diese Leute mit ihren Interessen nehmen, hat ja der Streit in der Zweigfabrik Friedland gezeigt. Wer die Löhne in diesem Betriebe kennt, der muß staunen, daß es den Leuten immer noch zu Vergnügungen reicht, dabei werden dann die Fabrikanten, die natürlich eingeladen sind, angehobt; das erbettelte Bier mundet vorzüglich, auf die Arbeiterchre wird gepfiffen, und die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ist hergestellt. Die Schmarotze muß jedem anständigen Menschen ins Gesicht steigen, wenn er sieht, wie diese ausgebütedeten Sklaven demutsvoll zu ihren "Brot-Herrn" emporschauen. Den Arbeitern der Firma Schmidt möchtesten wir anraten, etwas mehr Mannesstolz zu wahren und sich nicht selbst zu beloten herabzuwürdigen, sondern ernstlich bestrebt zu sein, andere Zustände in diesen Musterbetrieb zu bringen. Dieses lädt sich nicht durch Schmarotz und Spielei erreichen, auch nicht durch den Hirsch-Dunderschen Gewerkeverein, sondern nur durch Anschluß an den deutschen Holzarbeiterverband. Also fort mit Eurer Gleichgültigkeit und uns angeschlossen, dann wird es auch bei Euch anders werden.

Unsere Lohnbewegung.
Verbesserungen der Arbeitsbedingungen am 1. April 1910. An der Spitze der heutigen Nummer sind die Orte benanntgegeben, in welchen auf Grund der mit dem Arbeitgeberausschuß abgeschlossenen Verträge am 1. April 1910 Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in Kraft treten. Diese Liste ist noch zu ergänzen durch die nachgezeichneten Orte, wo der Arbeitgeberausschuß an dem Vertrag nicht beteiligt ist:

Bremen (Holzräger und Arbeiter in Hobelwerken): Der Stundlohn wird von 42 Pf. auf 43 Pf. also um 1 Pf. erhöht.

Cottbus: Auf alle bestehenden Stundlohne erfolgt ein Aufschlag von 1 Pf. Der Mindestlohn steigt sich von 88 Pf. auf 40 Pf. pro Stunde.

Großbernsdorf (Firma Weise): Für alle in Lohn beschäftigten Arbeiter erfolgt eine Lohnzulage von 1 Pf. für die Stunde.

Frankfurt a. M. (Wagenfabrik Georg Grud): Die Stundlohn, sowie die Mindestlohnsätze werden um 1 Pf. erhöht.

Gladbeck: Die wöchentliche Arbeitszeit wird von 60 auf 59 Stunden verlängert; sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde.

Hamburg (Korbmacher): Der Stundlohn erhöht sich von 57½ Pf. auf 60 Pf. es findet also eine Erhöhung von 2½ Pf. statt.

Hof: Die Stundlohn werden um 1 Pf. erhöht.

Landsberg a. R.: Die bisher gezahlten Löhne werden bei sämtlichen Gehilfen um je 20 Pf. pro Tag erhöht.

Mannheim (Gobelverle): Die Stundenlöhne steigern sich um 2 Pf.

München (Würstenfabrik Prüder): Auf die bestehenden Stundenlöhne erfolgt ein Aufschlag von 1 Pf.

Forchheim: Sämtliche Arbeiter erhalten eine Lohnzulage von 2 Pf. die Stunde, der Minimalstundenlohn erhöht sich von 42 Pf. auf 44 Pf.

Wien-Covic (Dampfsägewerk): Es erfolgt ein Lohnaufschlag von 1 Pf. für die Stunde.

Schneidemühl: Der Mindeststundenlohn beträgt statt 88 Pf. nunmehr 86 Pf.; gleichzeitig erfolgt eine Lohnerhöhung von 2 Pf. für die Stunde.

Stade: Die Stundenlöhne werden um 2 Pf. erhöht.

Wilhelmshaven-Mittringen: Der Mindeststundenlohn steigert sich von 46 Pf. auf 48 Pf.; auf die bestehenden Löhne erfolgt ein Aufschlag von 2 Pf. für die Stunde.

In Löbau in Sachsen und in Georgswalde in Niedersachsen sind die Arbeiter der Pianofortefabriken der Firma August Förster nach immer im Streit. Die Situation für die Streitenden ist günstig und die Stimmung der Kollegen eine gute. Es sind jetzt in Löbau 145 und in Georgswalde etwa 100 Kollegen am Ausland beteiligt. Ein sehr großer Teil, dabei sogar ältere Kollegen, sind abgereist. Andere werden noch folgen, so daß der Unternehmer später beim besten Willen nicht mehr alle eingekreisten Leute zurückbekommt. Die Firma spekuliert darauf, daß die noch nicht voll unterstützungsberechtigten Streitenden schließlich allein wiederkommen müssten. Wir werden aber dafür sorgen, daß sie darin täuscht. Unser Koalitionsrecht lassen wir uns nicht rauben. Die Zahl der Stehengebliebenen in den für den Streit in Frage kommenden Branchen ist sehr gering. Maschinen-, Hof-, Hilfs- und Transportarbeiter, Stimmer und einige kleine Branchen sind nicht herausgezogen worden. Diese Leute sind jetzt sehr aufgebracht darüber, daß von den Arbeitswilligen, welche durch Agenten in Berlin angeworben sind, die zwei Tischler 50 Pf. und die sechs ungelerten Arbeiter 45 Pf. pro Stunde erhalten. Wenn die Firma den Streitenden nur annähernd diese Löhne gezahlt hätte, wäre alles gut. Die Streikbrecher sind in einer Abteilung der Fabrik einquartiert und werden dort auch verpflegt. Die Firma, welche sich erst zu Verhandlungen geneigt zeigte, läßt jetzt gar nichts mehr von sich hören. Doch ist die Lage für uns sehr günstig, so daß wir ruhig warten können, bis die Firma selbst Unterhandlungen anbahnt. Kollegen, unterstützen uns moralisch in diesem Kampfe, dann wird auch die Firma Förster den Frieden mit ihren Arbeitern suchen müssen.

In Münster am Deister standen seit dem 22. Februar die Arbeiter der Stuhlfabrik Mahlmühle, 67 an der Zahl, im Streit. Die Ursache hierzu lag in den fortgesetzten Reduzierungen der Altkordpreise. Dieses Vorgehen der Fabrikleitung hatte dazu beigebracht, daß sich endlich fast alle Arbeiter des Betriebes in der Organisation vereinigten. Nach dreiwöchigem Streit konnte nun am 17. März die Arbeit wieder aufgenommen werden, nachdem nicht nur die zum Streit führenden Mäjige entjuden wurden, sondern auch fünf Stuhlbauer, Polierer und Maschinenarbeiter eine Anzahl Altkordpositionen aufzufordern von 5 bis 15 Prog. erfuhrten. Die Arbeiter haben diesen Erfolg lediglich ihrem einzigen und geschlossenen Vorgehen und ihrer Organisationszugehörigkeit zu verdanken. Mögen sich die übrigen Stuhlfabrieke des Deistergebietes hieran ein Muster nehmen.

Ausland.

In Gallien in Nordfrankreich ist der Streit der Stuhlarbeiter (siehe Nr. 49 des vor. Jahrg.) nach circa viermonatlicher Dauer zugunsten der Arbeiter beendet worden. Dieser Streit, an dem circa 350 französische und eine ebenso große Zahl belgischer Arbeiter teilnahmen und der mit bewunderungswürdiger Ausdauer und unter besonders harten Umständen geführt wurde, war ein Solidaritätsstreit zugunsten der Strohflechterinnen, welche die Stuhlfäße mit einem Strohgeflecht beziehen. Diese Arbeit ist ausschließlich Heimarbeit und die Arbeiterinnen sind gezwungen, das Rohmaterial selbst zu liefern, d. h. die Fabrikanten verkaufen ihnen das hergerichtete Stroh zu bestimmten Preisen. Da nun die Preise des Rohmaterials in letzter Zeit fortwährend erhöht wurden, so sahen die Arbeiterinnen ihren Verdienst in gleichem Maße verringert. Um diesen Verdienstaussfall auszugleichen, stellten die Arbeiterinnen die Forderung, den Preis des Sessels um 10 Centimes zu erhöhen, d. h. denselben auf 1 Frank festzusetzen. Die Arbeitgeber lehnten die Forderung ab in Rückicht auf die „Konkurrenz“. Im Laufe der Zeit bewilligten sie eine Erhöhung von 5 Centimes, da aber zu gleicher Zeit eine erneute Erhöhung des Rohstoffpreises in Kraft treten sollte, so wurde die Erhöhung wieder zunächst gemacht, die Arbeiterinnen lehnten deshalb das Anerbieten ab. Vorher Woche kam nun ein Vergleich zustande, wonach der Preis eines Sitzes sofort um 7½ Centimes und im November d. J. um weitere 2½ Centimes erhöht wird. Der Streit war somit zu Ende. Das Solidaritätsgefühl der französischen Kollegen ist ja im allgemeinen schwach entwickelt; aus diesem Grunde ist schon so mancher Streit verloren gegangen. Glücklicherweise hatten es die Arbeitgeber aber hier mit einem zähen, nordischen Element zu tun, das trotz aller Schwierigkeiten und Entbehrungen monatelang im Kampf ausdiente. Aus diesem Umstande ist es zu verdanken, daß dieser Kampf mit einem Erfolge der Arbeiter endete. L.

Aus der Holzindustrie.

Die Gewerkschaften der Holzarbeiter in Nordamerika.

In Nordamerika bestehen jetzt 150 Zentralverbände und eine große Zahl selbständiger Lokalvereine, die zusammen über zwei Millionen Mitglieder haben. An den Amerikanischen Gewerkschaftsverband (American Federation of Labor) entrichteten vor 1909 118 Zentralverbände die Steuer für 1 492 800 Mitglieder; von Lokalvereinen wurde für 24 300 Mitglieder die Steuer gezahlt. Von den 82 nicht angegeschlossenen Verbänden

hatten fünf Eisenbahngewerkschaften allein 277 700 Mitglieder. In der Holzindustrie sind neben der amerikanischen Districtsorganisation der britischen Zimmerer und Bauteilschläger (Amalgamated Society of Carpenters and Joiners), die im letzten Jahre für 7800 Mitglieder Beiträge an den Arbeiterbund zahlte, noch folgende Verbände zu nennen:

United Brotherhood of Carpenters and Joiners of America (amerikanischer Zimmerer- und Bauteilschlägerverband), Generalsekretär Frank Duffy, Carpenters' Building, Indianapolis, Indiana.

Amalgamated Wood Workers' International Union of America (Holzarbeiter), Generalsekretär John G. Miller, 807 Bush Temple of Music, Chicago.

Broommakers' International Union (Besenbinden), Sekretär O. A. Brower, 14 Swan Street, Amsterdam, N. Y.

Brushmakers' International Union (Wollstocher), Sekretär John W. McCleary, 1822 Stiles St., Philadelphia, Pennsylvania.

Carriage and Wagon Workers' International Union of North America (Wagenbauer), Sekretär Schatzmeister John S. Brinkman, 520 Eighth Street, N. W., Washington, D. C.

International Wood Carvers' Association of North America (Holzbildhauer), Generalsekretär J. E. Lodge, 10 Carlisle Street, Pittsburgh, Massachusetts.

Coopers' International Union of North America (Böttcher), Sekretär Schatzmeister J. A. Cable, Board of Trade Building, Kansas City, Kansas.

Piano, Organ and Musical Instrument Workers' International Union of America (Piano-, Orgel- und Musikinstrumentenmacher), Präsident Charles Dold, 40 Seminarh Avenue, Chicago.

International Shingle Weavers' Union of America (Schindelzusammenfüger), Sekretär J. E. Campbell, 405 American National Bank Building, Everett, State Washington.

International Union of Shipwrights etc. of America (Schiffszimmerer usw.), Sekretär Thomas Durett, 108 Marshall Street, Elizabeth, New Jersey.

International Brotherhood of Woodsman and Saw Mill Workers (Holzfäller und Sägemühlenarbeiter), Sekretär G. S. Bape, 1609 Fifth Street, Eureka, Kalifornien.

Die United Brotherhood of Carpenters and Joiners, die 1881 mit 2042 Mitgliedern begann, nahm auf 122 000 Mitglieder 1901—1902, 181 205 Mitglieder 1908—1904, 181 217 Mitglieder 1904—1905, 170 192 Mitglieder 1905 bis 1906 und 178 508 Mitglieder 1906—1908 zu, wobei nur die vollzählenden Mitglieder berücksichtigt sind.

Die Amalgamated Wood Workers', die 1904 für 28 800 Mitglieder die Steuer an den Amerikanischen Arbeiterbund ablieferen, zählten 1909 nur noch für 4100 Mitglieder die Steuer. Die Ursache des Verlustes sind hauptsächlich Übertritte zum Verband der Zimmerer und Bauteilschläger. — Die Wagenbauer gingen von 5500 Mitgliedern 1904 auf 1800 Mitglieder 1909 zurück, die Holzbildhauer von 2100 auf 1800 Mitglieder, die Böttcher von 7100 auf 4100 Mitglieder, die Piano- und Orgelbauer von 9000 auf 4000 Mitglieder usw.

Die Abnahme der Mitgliederzahlen der kleineren Verbände ist vor allem von der Wirtschaftskrise und der mit ihr einhergehenden umfangreichen Arbeitslosigkeit veranlaßt worden.

Selbst einigen Monaten breiten sich die meisten Gewerkschaften aufs neue wieder aus und es ist zu hoffen, daß das Wachstum anhaltend sein wird.

Die United Brotherhood of Carpenters and Joiners entstand 1881; damals gehörten ihm 12 Ortsvereine an, 1908 als der letzte offizielle Bericht ausgegeben wurde — jedoch schon 1910. Auf den Staat New York allein lagen 198 Ortsvereine mit 28 949 Mitgliedern, auf Illinois 172 Ortsvereine mit 22 420 Mitgliedern, auf Kalifornien 88 Ortsvereine mit 16 680 Mitgliedern, auf Pennsylvania 157 Ortsvereine mit 14 933 Mitgliedern, auf Massachusetts 132 Ortsvereine mit 12 778 Mitgliedern, auf New Jersey 91 Ortsvereine mit 10 544 Mitgliedern usw. Das Unterstützungsvesen wurde 1888 zentralisiert. Gegenwärtig zahlt der Verband Ablesbensunterstützung von 100 Dollars nach 6 Monaten und von 200 Dollars nach einem Jahr. Beim Ableben von Frauen von Mitgliedern werden 25 und 50 Dollars Unterstützung gewährt. Total Invalide erhalten nach einem Jahr 100 Dollars, nach zwei Jahren 200 Dollars, nach drei Jahren 300 Dollars und nach fünf Jahren 400 Dollars Abfindung. Streik- und Aussperrungsunterstützung wird nach Maßgabe der vorhandenen Mittel gezahlt. Viele Ortsvereine haben die Krankenunterstützung eingeführt. Bis zum Jahre 1908 wurden 6½ Mill. Doll. für Unterstützungszwecke verausgabt, und zwar für Streik- und Aussperrungsunterstützung 2 098 000 Doll., für Ablesens- und Invalidenunterstützung 2 016 000 Doll., für Krankenunterstützung 2 100 000 Doll., für Unterstützung anderer Organisationen 835 000 Dollar. — Die Aufnahmegerühr für Mitglieder darf nicht weniger als 5 Dollar betragen. Unterstützungsberechtigte Mitglieder haben einen Monatsbeitrag von mindestens 50 Cents (2 10 Mill.) und teilweise unterstützungsberechtigte Mitglieder einen solchen von mindestens 30 Cents zu entrichten. Die Ortsvereine haben an die Hauptkasse für jedes gütigende Mitglied monatlich 25 Cents zu zahlen. Außerdem werden im Bedarfsfall Sondersteuern erhoben. Nach dreimonatlichem Feststellen erfolgt die Enthebung von den Rechten, die erst drei Monate nach Begleichung des Beitragssaldes wieder erlangt werden. Derlich ist die Aufnahmegerühr und der Beitrag sehr verschieden. Aufgenommen werden in diesen Verband Arbeiter der folgenden Berufe: Zimmerer, Bauteilschläger, Treppenbauer, Schiffszimmerer, Stellmacher, Sägemühlenarbeiter, Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter, Wagenbauer und Möbelstichler. Gütlicher Charakter und die Fähig-

keit, den üblichen Lohn zu verdienen, sind Voraussetzungen der Aufnahme.

Die Hauptfunktionäre sind der Generalpräsident, Generalsekretär, Generalschätzmeister, zwei Vizepräsidenten und ein aus sieben Mitgliedern bestehender Exekutivausschuß. Das Verbandsorgan „The Carpenter“ erscheint monatlich. Es enthält auch Beiträge in deutscher und französischer Sprache, die freilich im Vergleich mit den englischen Beiträgen einen beschränkten Raum einnehmen.

Die Amalgamated Wood Workers' International Union wurde im Jahre 1895 gegründet. Früher existierten die International Furniture Workers' Union of America (Möbelarbeiter) und die Machine Wood Workers' International Union of America (Holzbearbeitungsmaschinen), die sich zu dem heutigen Verband zusammenschlossen, der 1908 95 Ortsvereine hatte und außer der Streikunterstützung auch die Ablesens- und die Invalidenunterstützung pflegt. Das Ausmaß der Ablesensunterstützung beträgt nach sechsmonatiger Mitgliedschaft 50 Dollars, nach 18 Monaten 75 Dollars, nach 8 Jahren 100 Dollars. Beim Eintritt vollständiger und dauernder Invalidität werden Abfindungssummen ausgezahlt, und zwar nach einjähriger Mitgliedschaft 150 Dollars, nach 2 Jahren 200 Dollars, nach 8 und mehr Jahren 250 Dollars. Verlustloslegen, welche nach Vollendung des 60. Lebensjahrs dem Verband beitreten, haben auf Invaliden- oder Ablesensunterstützung keinen Anspruch; sie zahlen monatlich 10 Cents an die Hauptkasse, die unterstützungsberechtigten Mitglieder dagegen 20 Cents. Die Fonds des Verbandes werden von dem Generalsekretär und dem Generalschätzmeister verwaltet.

Der Verband der Piano- und Orgelbauer usw. wurde 1898 organisiert; 1908 hatte er 42 Ortsvereine. Die Krankenunterstützung und die Unterstützung beim Ableben von Mitgliedern wurden noch im Gründungsjahr eingeführt, die Unterstützung beim Ableben von Frauen von Mitgliedern folgte 1907. Die Krankenunterstützung beläuft sich auf wöchentlich 5 Dollars und wird durch längstens zehn Wochen im Jahre gezahlt. Bei kürzerer als 14-tägiger Krankheitsdauer besteht kein Unterstützungsanspruch, bei längerer Krankheitsdauer beginnt aber die Zahlung vom Tage der Meldung. Die Karrenzeit ist ein Jahr. Verlustliche Beigruisse werden nur in zweifelhaften Fällen verlangt. Das Ausmaß der Ablesensunterstützung beträgt nach 1—5 Jahren 50 Dollars, nach 6—10 Jahren 100 Dollars, nach 10—15 Jahren 200 Dollars, nach längerer Mitgliedschaft 800 Dollars. Beim Ableben der Frau eines Mitgliedes werden 40 Dollars Vererdigungskosten gezahlt. — Die Aufnahmegerühr und die Wiederaufnahmegerühr ist mit 5 Dollars festgesetzt; der regelmäßige Wochenbeitrag macht 20 Cents aus. Arbeitslose und kranke Mitglieder sind von der Beitragseistung befreit. Sofern geht nach achtwöchigem Feststellen der Anspruch auf Unterstützung verloren und bei 16wöchigem Feststellen hört die Mitgliedschaft auf. Die Gelder bleiben in der Verwaltung der Ortsvereine, die der Centralausschuß nach Bedarf zur Abreicherung bestimmter Beiträge veranlassen kann. Der Ausschuss besteht aus dem Präsidenten und neun Vizepräsidenten, die von den Verbandsstagen auf zwei Jahre gewählt werden. Kein Ortsverein darf durch mehr als ein Mitglied im Ausschuss vertreten sein.

Der Holzbildhauerverband trat 1883 ins Leben und hatte 1908 25 Ortsvereine. Er pflegt außer der Streikunterstützung die Ablesensunterstützung und die Werkzeugversicherung. Wenn ein Mitglied nach schwindelerregender Verbandsangehörigkeit stirbt, so haben seine Hinterbliebenen auf eine Unterstützung von 50 Dollars Anspruch, nach längerer Mitgliedschaft auf 150 Dollars. Bei Verlust von Werkzeug durch Unfälle oder Feuer werden Beiträge bis zu 80 Dollars gezahlt. Die Aufnahmegerühr und der Beitrag werden von den Ortsvereinen festgesetzt, die von jeder Aufnahmegerühr 75 Cents und von jedem Mitgliedsbeitrage vierteljährlich 50 Cents an die Hauptkasse zu zahlen haben. Extrasteuern von je 25 Cents pro Mitglied können in gewissen Fällen erhoben werden. Der Centralausschuß besteht aus dem Generalsekretär, dem Schätzmeister und drei anderen Mitgliedern. Die Wahl erfolgt alle drei Jahre auf dem Verbandsstage.

Zu den hier genannten Verbänden haben — soweit der Berichterstatter informiert ist — Ablesensunterstützung noch die Böttcher und Krankenunterstützung die Wollstocher.

Der Schweizerische Holzarbeiterverband hält am 25., 26. und 27. März seinen größten Verbandsstag in Zürich ab. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung dürfte die Entscheidung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung werden. Auch über die Taktik bei Lohnbewegungen dürften interessante Auseinandersetzungen zu erwarten sein, da über die Frage, ob Tarifverträge anzustreben sind oder nicht, eine Meinungsverschiedenheit im Verband noch nicht besteht.

Der Jahresbericht der Baselliste Bremen konstatiert im Gegensatz zu denen anderer Orte, daß die Arbeitslosigkeit dort im Jahre 1909 größer war als in den Vorjahren. Trotzdem vermochte der Verband den Mitgliedsstand von 2454 zu Beginn auf 2744 am Schlusse des Jahres zu steigern. Langwierige Differenzen verursachte nachträglich der am 8. Januar 1909 abgeschlossene Tarifvertrag der Tischler. Bei der Unterzeichnung durch den Centralvorstand des Schulverbandes hatte dieser eigenmächtig eine neue Bestimmung über die Klärung eingefügt, während andererseits bei der Abschrift des Originalvertrages eine Bestimmung über Auswärtsarbeiten übersehen worden war. Die Zahlstelle befand schließlich in beiden Fällen Recht, doch darf der Fall zur Warnung dienen, alle Verträge vor der Unterschrift genau zu vergleichen. Der am Orte bestehende paritätische Arbeitsnachweis erfreute sich einer starken Benutzung. 2014 Mr.

better melbten sich arbeitslos und konnten sämliche 2770 offene Stellen besetzen werden. Ebenso wird über eine starke Frequenz der Bibliothek berichtet. An 281 Mitgliedern wurden insgesamt 1260 Bände ausgeliehen, so dass jeder der vorhandenen 520 Bände durchschnittlich 2½ mal gelesen wurde. Von wichtigen Unterstüpfungen erforderte die Arbeitslosenunterstützung 17 919 M. aus der Hauptrasse und 9892 M. aus der Volksrassse, die Kronenunterstützung 11 229 M. aus der Hauptrasse.

Die Bahnhofstelle Chemnitz kann auf einen erfreulichen Mitgliederzuwachs im vergangenen Jahre zurückblicken. Die Mitgliederzahl ist von 1185 auf 1844 gestiegen. Diesen Zuwachs verdankt die Bahnhofstelle hauptsächlich der Ausbildung, an der sich recht viele Kollegen bereitwillig beteiligten. Die Bahnhofstelle verfügt allerdings über einen Stammbuch alter Mitglieder: 288 Kollegen, d. i. 25 Proz., gehören dem Verband schon über 8 Jahre an. Der Jahresbericht enthält eine interessante Aufstellung über die Fluktuation der Mitglieder. Danach stehen 286 Zugreisende 826 Abgereiste, 286 Neuauftnahmen 76 Ausritte und Streichungen gegenüber. Zum Militär gingen 22 ab, während sich nur 18 zurückmeldeten. Daneben figurieren noch einige Übertritte und Todesfälle. Als arbeitslos meldeten sich im Jahre 1909 allein 503, als franz 298 Kollegen. In der zweiten Hälfte des Jahres hat sich der Beschäftigungsgrad in den Fischereien gehoben, während die Maschinenindustrie sich nur langsam belebte.

Gewerkschaftliches.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ hat mit ihrer Nr. 12 eine Auflage von 400 000 Exemplaren erreicht. Dieses Ereignis bespricht das Organ der größten deutschen Gewerkschaft in einem Festartikel, in welchem darauf hingewiesen wird, dass der Metallarbeiterverband die Zahl von 400 000 Mitgliedern zwar noch nicht erreicht hat, dass er aber diese Mitgliederziffer in absehbarer Zeit überschritten haben wird. Besonders hat der Metallarbeiterverband auch in dem Krisenjahr 1908 seine Mitgliederzahl erhalten; ein Verlust von 131 Mitgliedern kommt bei der Größe der Organisation nicht in Betracht. Geltend ist aber die Organisation wieder rüstig vorwärts geschritten. Im Jahre 1909 hat sich die Mitgliederzahl um über 11 000 vermehrt und im laufenden Jahre ist schon eine weitere Zunahme um circa 12 000 zu verzeichnen.

Das Wachstum des Deutschen Metallarbeiterverbandes kommt erst recht zur Geltung, wenn man die Entwicklung seiner Konkurrenzorganisation gegenüber hält. Der Hirsch-Dunkersche Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter und der christliche Metallarbeiterverband erfahren in dem Artikel der „Metallarbeiter-Zeitung“ folgende nicht sehr schmeichelhafte, aber zutreffende Charakteristiken:

„Da sie selbst nichts Kennenswertes zur Verbesserung des Lohn- und Arbeitsbedingungen unternehmen können, hängen sie sich dort, wo sie einige Anhänger besitzen, bei Lohnbewegungen an unsere Nachbarn an, in der Absicht, entweder mit den von uns errungenen Erfolgen sich zu schmücken, oder uns zu verdächtigen und zu verleumden.“ Einem Erfolg hat ja diese Taktik der Gegner des Metallarbeiterverbandes nicht. Ihre Mitgliederzahl geht zurück, während sich der Metallarbeiterverband raspid entwickelt.

Der Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter zählte 1900: 35 619 Mitglieder, im Juni 1908: 62 938, Ende 1909: 27 647; der Deutsche Metallarbeiterverband dagegen 1900: 100 762, 1909: 373 349. Der „christliche“ Verband hatte 1908 im Jahresdurchschnitt 24 744, 1907: 28 099, Ende 1909: 24 002 Mitglieder.

Von den Führern der Hirsch-Dunkerschen Organisation insbesondere wird dem Deutschen Metallarbeiterverband der Vorwurf gemacht, dass er nach der Alleinherrschaft unter den Metallarbeitern strebe. Das wird von diesem gar nicht bestritten. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ spricht es im Gegenteil offen aus, dass sie eine Einheitsorganisation der deutschen Metallarbeiter anstrebe, deren Voraussetzung eine noch viel größere Mitgliederzahl des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist. Dass dieser auf dem besten Wege ist, das vorgestellte Ziel zu erreichen, zeigen die angegebenen Mitgliederziffern.

Zum Baugewerbe haben am 9. und 10. März in Berlin zentrale Verhandlungen stattgefunden. Der „Grundstein“ sieht das Ergebnis dieser Verhandlungen in folgende Worte zusammen: „In der Sache hat sich nichts geändert. Die Unternehmer halten an ihren Vergewaltigungsanträgen fest, und die einzige Veränderung in ihrer Haltung ist, dass sie vom Distizieren zum Schachern übergegangen sind. Früher glaubten sie uns ihre Anträge aufzwingen zu können, jetzt versuchen sie nach der nicht eben neuen Methode des Schachers ihr Ziel zu erreichen. Selbstverständlich haben sich die Arbeitervertreter darauf nicht eingelassen, und darum ist auch nach den Verhandlungen noch alles so, wie es vorher war.“

Die „Soziale Praxis“ kommt am Schluss eines Artikels, in welchem sie sich mit den Tarifverhandlungen im Baugewerbe beschäftigt, zu dem Resultat, dass unverzüglich der Versuch gemacht werden muss, die in gegenwärtigen Richtungen festgefahrenen Parteien von ihnen schroffen Erfordern zu einer mittleren Linie zurückzuführen. Sie erinnert die Parteien an die guten Dienste, die ihnen im Jahre 1908 unparteiische Schiedsrichter geleistet haben und bewirkt schlichtlich: „Auf ein Interesse amtlicher Friedenshilfe ist ja allem Anschein nach leider nicht zu rechnen.“ Mit diesem leichten Satz hat das Blatt zweifellos recht. In einem Eingreifen im Interesse der Erhaltung des wirtschaftlichen Friedens haben die Behörden in Preußen-Deutschland niemals Zeit. Sie warten ab bis es zum Kampf gekommen ist, und dann werden Polizisten und Staatsanwälte gegen die Streikenden bzw. Ausspeierer losgelassen. Von dieser „bewährten Praxis“, für die Unternehmer zu arbeiten, wird die Regierung voraussichtlich auch im vorliegenden Fall nicht absehen. Die endgültige Entscheidung über Krieg oder Frieden im Baugewerbe steht übrigens jetzt unmittelbar bevor. Am 22. März findet die Generalversammlung der Unternehmer in Dresden statt. Dort werden die entscheidenden Beschlüsse gefasst werden.

Kämpfe und Erfolge des Zimmererverbandes im Jahre 1909. Der Zimmererverband trat im Vorjahr in 309 Städten mit 19 757 Mitgliedern in eine Lohnbewegung ein,

in 58 von diesen Fällen mit 2282 Mitgliedern wurde jedoch nachträglich von der Durchführung der Forderungen Abstand genommen. 110 Lohnbewegungen mit 7182 Mitgliedern führten zur Arbeitsniederlegung, während die übrigen eine friedliche Erledigung fanden. Der Erfolg der gesamten Lohnbewegung drückt sich aus in Lohnhöhung für 11 616 Arbeiter, die zwischen ½ und 5 Pf. pro Stunde schwanken, und in einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 6 Stunden für 32 und je 3 Stunden für 453 Mitglieder. Außerdem hatten aber aus in früheren Jahren abgeschlossenen Tarifverträgen eine Reihe Verbesserungen einzutreten, so dass von den 55 220 Mitgliedern des Verbandes durch ihre Organisationszugehörigkeit allein 80 816 eine Lohnhöhung und 944 eine Arbeitszeitverkürzung erzielten. Welche starke Verbreitung die Tarifverträge im Zimmerergewerbe haben, zeigt der Umstand, dass zu Beginn des Jahres 1909 bereits 30 969 Mitglieder unterschieden arbeiteten. Der Durchschnittsstundenlohn sämtlicher Verbandsmitglieder ist von 52,49 Pf. im Jahre 1907 auf 54,11 Pf. im Jahre 1909 gestiegen. Die tägliche Arbeitszeit betrug im Jahre 1909 für 33 825 Verbandsmitglieder 10 Stunden und mehr, für 145 Mitglieder 9½ Stunden, für 8028 Mitglieder 9¼ Stunden und für 15 224 Mitglieder 9 Stunden. Der Prozentsatz der Arbeiter mit kürzeren Arbeitszeiten ist auch hier im Steigen begriffen, die Arbeitgeber der Bauberufe erwiesen bekanntlich gerade in diesem Punkte den meisten Widerstand.

Der Brauereiarbeiterverband hat seine Mitgliederzahl im Jahre 1909 von 88 279 auf 83 898 gestiegen. In der gleichen Zeit hat sich das Vermögen des Verbandes um 181 947 M. erhöht; es betrug am Schlusse des Jahres 1909 774 808 M.

Der Buchbinderverband blickt am 1. Mai 1910 auf eine 25jährige Tätigkeit zurück. Der Verband hat sich von etwa 1600 Mitgliedern im Jahre 1885 auf 28 014 Ende 1909 entwickelt. Aus diesem Anlass fordert jetzt der Vorsitz die Bahnhofstellen auf, für diesen Jubiläumstag Versammlungen oder Kommerse zu arrangieren, und kündigt dabei an, dass bis dahin der erste Band der „Geschichte der Buchbinderverbindung“ erschienen wird.

Der Steinarbeiterverband hat im Jahre 1909 wiederum einen Mitgliederrückgang erfahren. Nur in drei von den elf Städten, nämlich in Dresden, Karlsruhe und Würzburg, ist eine Zunahme zu verzeichnen; in den übrigen Städten hat sich die Mitgliederzahl vermindert. Im Jahresdurchschnitt 1909 betrug die Gesamtmitgliederzahl 17 095. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Verlust von 728 Mitgliedern oder 4,08 Proz.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Nicht § 153, nur Beleidigung.

Wie wenig sich die gelehrteten Richter in die sozialen Kämpfe unserer Zeit hineinzudenken vermögen, das zeigte wieder eine Anklage, die einen höchsten Streitpunkt vor Gericht geführt hatte. Während alle Welt wußte, dass unsere Kollegen in Höchst von den Unternehmern ausgespottet worden waren, weil sie deren Bedingungen nicht annehmen könnten, meinte der leitende Amtsgerichtsrat, die Schreiner hätten die Arbeit niedergelegt, weil ihre Forderungen nicht bewilligt worden wären. Nun ist aber diese leichtere Tatsache eine wichtige Voraussetzung des § 153 der Gewerbeordnung. So musste denn hier erst der Angeklagte den Richter über den tatsächlichen Tatbestand aufklären. Da nun aber auch der angeblich so schwer bedrohte Arbeitswille Petermann das Zusammentreffen mit dem jebigen Angeklagten gar nicht so tragisch genommen hatte, erhielt dieser lediglich wegen Beleidigung 20 M. Geldstrafe. Kennzeichnend ist, dass nicht der Bedrohte, sondern sein Arbeitgeber, der Fabrikant Nötger, Strafantrag gestellt hatte. In einer anderen Sache erhielt sodann der gleiche Angeklagte nochmals 20 M. Geldstrafe zudiktiiert. Ein Schreiner-Schäfer hatte sich durch die Bezeichnung „Chrenbrecher“ beleidigt gefühlt.

Technisches.

Fachblatt für Holzarbeiter. Das soeben erschienene Heft 3 des fünften Jahrganges enthält u. a. einen Artikel von Hugo Hilligs über die Hamburger Ausstellung; Raumkunst im neuzeitlichen Landhause, und einen solchen Paul Westheims: Saunkt Bürokratismus als gewöhnlicher Auftraggeber. Robert Breuer schreibt über den sparenden Staat und den submittierenden Handwerker. G. August bringt die Fortsetzung über die Hilfsmittel der Tünnertechnik. Neben den Konstruktionszeichnungen O. Winckelmüllers zu Gartenhäusern enthält das Heft noch eine Anzahl kleinerer Tegelteile und Originalentwürfe.

Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 M. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren sowie beim Verlag, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Eingesandt.

Zur Lage der Modellfischer.

Es gibt noch eine Reihe von Maschinenfabriken, welche ihre Modellfischerien als ein notwendiges Uebel betrachten. Die Leiter dieser Werke bieten dann den Modellfischern möglichst niedrige Löhne und für Aufforderungen den äußerst niedrigsten Preis. Sehr oft müssen sich die Modellfischer sagen lassen, dass diese und jene Modellfabrik den Artikel bedeutend billiger liefert und deshalb der geforderte Preis nicht gezahlt werden kann. Es ist dies ein sehr unwürdiger Zustand in der Modellbranche. Betrachten wir uns die Produkte dieser sogenannten Modellfabriken, welche angeblich so furchtbar billig liefern und ihre Erzeugnisse mit dem Namen Modell belegen, so werden wir finden, dass man nach der Ursache der Schmuggelfikenz nicht mehr zu suchen hat. Gewiss gibt es Fälle, wo die primitive Herstellung einfacher Mo-

delle eine geschäftliche Notwendigkeit ist. Was man aber des öfteren selbst an sogenannten Spezialmodellen für Arbeit zu sehen bekommt, spricht jeder Beschreibung. Fast immer sind die Kollegen dann dazu gut genug, die „neue“ Arbeit in gebrauchsfehligen Zustand zu setzen, während sie sonst wenig oder gar keine neue Arbeit in die Finger bekommen, sondern sich mit sogenanntem Volk begnügen müssen. Es kommt trotzdem noch oft genug vor, dass die Firmer schon nach einmaligem Gebrauch dieser billigen Modelle die einzelnen Stücke mühsam zusammensuchen müssen. In vielen Fällen muss der Firmer geradezu ein Künstler sein, um einen einigermaßen sauberen Guß herzustellen. Hier kommt uns die Firmer ganz außerordentlich helfend zur Seite stehen, wenn sie die Verarbeitung solch mangelhafter Modelle verweigern und die Betriebsleitung auf die Unbrauchbarkeit solcher Modelle hinweisen würden. Das liegt in ihrem wie in unserem Interesse und würde der Schmuggelfikenz sehr wirksam den Weg verlegen. Es muss hier aber auch gesagt werden, dass viele größere Firmen schon längst erkannt haben, billig und gut kann sich nicht die Wage halten. Ein weit besseres Geschäft können diese Firmen machen, wenn sie ihren Modellfischern die Arbeit gut bezahlen und dafür selbstverständlich gute Arbeit verlangen. Nirgends macht sich für den Unternehmer reelle Arbeit besser bezahlt als bei Modellen, namentlich bei Spezialmodellen. Die Selbststärkung sollte die Kollegen dazu treiben, ihre Branche auf ein höheres Niveau zu bringen. Nicht um bewaffneten Hassgeiste willen, sondern um die ehrbarem Löhne zum Schwinden zu bringen, welche leider in vielen Betrieben Deutschlands noch vorhanden sind. Ist es nicht kennzeichnend, dass einem Modellfischer auf briefliche Anfrage aus dem Mansfelder Gebiet die förmliche Zusage zugeht: „Sie können sofort für dauernd eingestellt werden, Lohn bekommen Sie 81 Pf. pro Stunde und täglich dreimal frischen Kaffee.“ Dem Anfragenden wurde auch Akkord in Aussicht gestellt, allerdings ohne anzugeben, wie hoch der Akkord verdient sein würde. Auch die traurigen Verhältnisse, unter welchen so viele Modellfischer ihren Beruf ausüben müssen, verdienen angenehm zu werden. Nicht immer ist der Arbeiter der Schuldige an mangelhaft angefertigte Modelle. Gibt es doch ungezählte Betriebe, wo entweder gar keine Maschinen oder nur solche veraltete Systeme vorhanden sind. Spezialwerkzeuge wie Hobel, Steckeisen, Bohrer usw. sind wenig oder gar nicht vorhanden. Besonders in den sogenannten Modellfabriken haben die Arbeiter hierunter zu leiden. In der Beschaffung von Rohmaterialien, wie Holz, Leim, Schrauben, Drahtstifte usw., sieht es sehr windig aus. Da wundern sich solche Krauter, wenn sie mit einem modern eingerichteten Betrieb nicht konkurrieren können, behaupten in ihrer Rücksicht die Möglichkeit der Arbeiter trage an dieser Unfähigkeit die Schuld, wollen mit möglichst niedrigen Löhnen sich über Wasser halten und liefern dann Produkte, welche auf Preisdruckerei hergestellt müssen.

Hier bietet sich noch ein ungeheure Arbeitsfeld für den Verband. Es muss auch ausgeschlossen werden, dass überall dort, wo durch die unbedeckte Rücksicht der Kollegen unsere Organisation noch keinen festen Fuß fassen konnte, nicht nur zum Schaden der Arbeiter die miserablen Verhältnisse herrschen, sondern auch die Quellen der elenden Schmuggelfikenz zum Schaden der Unternehmer entspringen. Der Organisation der Arbeiter ist es vorbehalten, nach jeder Richtung hin geordnete Verhältnisse zu schaffen. Dessen sollte ein jeder uns noch feindselige Arbeiter eingedenkt sein.

Magdeburg.

Albert Dreßle,
Modellfischer.

Literarisches.

Die nachnamten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2, bezogen werden.

Biblische Geschichten. Von diesem religiöswissenschaftlichen Geschichtswerk des Genossen Maurenbrecher ist nunmehr auch Heft 5 zur Ausgabe gelangt. Der Inhalt des Heftes ist der folgende:

„Mosaische“ Gehehe. Die Bahn Gebote. Die Bundesfikenz auf dem Sinai. Die Urform der Bahn Gebote. Das Programm der levitischen Opposition. Die Bahn Gebote des Glohisten. Das soziale Programm der Leviten. Vernsprüche vernünftigen Inhalts. Der endgültige Text der Bahn Gebote. — Das große Mosesbuch vom Jahre 623. Das fünfte Buch Mose. Der Absall von Jaho. Das Monopol des Tempels von Jerusalem. Die Konzentration des Kultus. Soziale Gehehe. Die große Schlafrede. Durchführung des Gesetzes im Jahre 623 vor Christus. Wirkung der Reform. — Das Gesetzbuch des Ezra. Die Gesetgebung von 445 vor Christus. Der Priester Ezra. Das Gesetzbuch der Priesterfikenz. Die treibenden Kräfte. Chronologie der mosaischen Gehehe. — Literatur.

Jedes Heft ist für sich abgeschlossen und kostet 1 M. Vollausgabe 40 Pf. Zu bezahlen durch alle Buchhandlungen, Spediteure und Kolportäre. Besondere Prospekte versendet auf Wunsch gratis und franko der Verlag Buchhandlung Wolffarts, Berlin SW. 88.

„Wanderlust“. Handwechsler. Wanderlieder. Herausgegeben von Otto Kaufmann, Berlin B. 35. Zweite vermehrte und verbesserte Ausgabe. Preis 50 Pf. Preußische Gesetzausgabe mit den Ergänzungen aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch und dem Allgemeinen Landrecht. Die Rechte und Pflichten der Herrschaft und des Gesindes. Neueste Ausgabe 1910. L. Schwartz u. Comp., Gesetzesverlag, Berlin S. 14, Dresdener Straße 80a. Preis 1 M.

Briefkasten.

Bürosteindrucker. Wie ist das Verfahren zur Herstellung von Stahldrähten in Pilzform zum Reinigen von Gewehrgütern? Auskunft erbitten.

Nürnberg, Pinselmauer. Warum ist der Bericht nicht abgestempelt?

Versammlungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M. Samstag, den 2. April, abends
11, Versammlung der Modelle und
Arbeitsrechner im Gewerkschaftshaus, Neuer
Saal A.

Anzeigen.

Hagen, Westf. Die Herberge und das Verlohrs-
lokal befinden sich von jetzt ab beim Wirt Hahn,
Hotel Frankfurt Hof, Adenaustr. 4, direkt beim
Hauptbahnhof.

Osnabrück. Die Herberge befindet sich nicht
mehr im "Waisenhaus zum Gründlingsgarten", sondern
im "Gästehaus zum Deutschen Kaiser", gegenüber dem
Kathaus.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für
Bergbauer, Holzleger, Grundleger, Bauhütnerrechner und
alle in der Goldseilerei beschäftigten Arbeiter
befindet sich bei Herrn Franz Bleßmeyer, Waisen-
haus zum Münchnerhof, Münchnerstraße 28, wohin alle
Anfragen anrichten sind. Die Kollegen werden erfuht,
dass die Arbeitsnachweise zu benutzen, umzusehen
ist verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler,
Möbelarbeiter, Drechsler und Wagner befindet
sich beim Kollegen Elmer, Hermannstr. 22, vorne pat.
Kinschau, ist strengstens verboten. Die Reiseunter-
stützung wird im Gewerkschaftshaus, Weißstraße 41,
ausbezahlt. Ein Wochenlager abends 7-8 Uhr, an
Sonntags und Feiertagen aufzugs von 12-1 Uhr.

Büren. Den ausländischen Kollegen diene zur
Kenntnis, dass der Weisheitsgang im Schreiner-
gewerbe in Büren zurzeit sehr günstig ist. Viele
Bürgerliche und ansässigen Kollegen sind geworben,
der Platz wieder zu verlassen. Gudem besteht gegen-
wärtig kein Arbeitsvertrag, so dass momentan Konflikte
ausbrechen können. Es ist deshalb gebeten, bevor
sich ein Kollege nach hier begibt, bei uns Erkundigungen
einzulegen, evtl. Offerten, gleich von welcher Seite,
sind zurückzuweisen.

Schweiz. Holzarbeiterverband, Sektion Büren.

Büderstr. 7, Büren III.

Ernst Schubert, Wurstmacher, geb. 12. Febr.
1878 zu Ober-Stübingen-Gründl. Sohn
von seinem Vater und Bruder gesucht. Kollegen,
die seinen Aufenthalt kennen, werden höflich gebeten,
Mitteilung an seinen Bruder gelangen zu lassen. An-
lagen werden vergütet. **E. Schubert**, Tischler, Wallen-
stein 1, B.

Jos. Novy, Schreiner, geb. 8. 4. 1881 zu Königgrätz,
Böhmen wird von der Zahlstelle
Lindau i. B. gesucht betreffend Erkundigungen aus
dem Jahre 1907. Kollegen, die seinen Aufenthalt
wissen, werden gebeten, diese Adresse zu senden an
Franz Dreyer, Lindau i. B., Ludwigstr. 106.

Wilh. Jahn, geb. Schlosser, Buchen, 407827 wird
erucht seiner Berufsprüfung in der
Zahlstelle Stendal nachzukommen und seine Adresse
an F. Lange, Bergstr. 7 II zu senden.

Franz Folger, Schreiner, geb. in Speyer, sende
seine Adresse an seinen Bruder
Richard in Lindau i. B. A 85.

Tüchtige Möbeltischler auf furnierte
Möbelnholz gesucht. Dauernde Arbeit.

Johannes Wehrendt, Mechan. Tischlerei,
Barthim i. M., Langest. 87.

Gesucht 2 tüchtige, selbständige Möbel-
schreiner auf furnierte und polierte Arbeit.

Heinrich Baur, Möbelfabrik,

Gingen, Amt Konstanz.

Tüchtige Schreiner für bessere furnierte
Möbel sofort gesucht.

Carl Friedmann, Möbelfabrik

Gummersbach (Rheinland).

Tüchtige Schreiner, welche selbständig nach Zeichnung feiner
Möbel herstellen können für dauernde Arbeit
bei hohem Lohn gesucht.

Erste Würzburger Möbelfabrik

G. m. b. H., Würzburg.

4 Tischlergesellen auf bessere Möbel,
möglichst verheiratete, erfahrene Leute, sucht
bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung
Joh. Fass, Möbelschreiner mit Kraftbetrieb,
Neudorf-Brandenburg.

Tüchtige Tischler und Polierer für dauernde Beschäftigung ver-
sofort oder später stellt ein
G. Wunderlich, Augustmöbel- u. Tischfabr.,
Lübbenau (Spreewald).

Mehrere Kastenmacher und Helfer auf
Kastenstücken, bei 10 stündiger Arbeitszeit, bei
hohen Stundenlöhnen, stellen sofort für
dauernd ein.

Aug. Dettner & Sohn

Wagen- und Karosserie-Fabrik

Cöthen in Anhalt.

Wir suchen per sofort mehrere tüchtige
Hartgrann- und Horndrechsler gegen
Lohnarbeite und dauernde Beschäftigung.

Gesuchter Wertem

Gummersbach (Rheinland).

Tüchtige Drechsler gesucht, welcher
möglichst Erfahrung im Ovaldrehen und
Polieren hat.

Georg. Sander, Schnabek.

Tüchtige Drechsler auf helle (Massen-
arbeiten) für dauernde Arbeit sofort gesucht.

Albert Mertens, Mechanische Drechslerie

Solingen-Kohlfurterbrücke.

Holzdrechsler sofort gesucht.

Carl Mertens, Küllenhahn b. Elberfeld.

Rohrmacher. Einige tüchtige Arbeiter auf weiß Ge-
fäßgläsern können noch angestellt werden.

R. Wengler,

Copenhagen, Ausgabe 18.

Mehrere Rohrmacher stellt sofort ein
Georg Rohrbach, Wülferberg a. Elbe.

Zwei tüchtige Rohrmacher auf Strand-
körbe stellt sofort ein
Gottfried Wolle, Vergen auf Elben.

2 Rohrmacher auf Webigmöbel stellt
sofort auf dauernd ein
J. Walterscheid, Wittenberge, Bez. Potsdam.

Meherere Rohrmachersellen auf Ge-
schlägen sucht für dauernd
Karl Mosch, Rohrmachermeister

Oels i. Schlesien, Wallstr. 2.

Rohrmacher, tüchtige Gesellarbeiter, verlangt
W. Fehner, Berlin, Potsdamerstr. 51.

Achtung Rohrmacher!
Um jedes Verständnis betreffend unserer
Inserate in Nr. 8 und Nr. 11 der Holzarbeiter-
Zeitung zu bestätigen, teilen wir hier durch den
Kollegen mit, dass der Zugang nach Kopenhagen
offen ist.

**Der Gesamt-Vorstand
des Hamburger Rohrmacher-Verbandes**
Kopenhagen, Ausgabe 16, v. P. Wilde.

Gestellarbeiter

sucht Joseph Schola
Liebertwolkwitz bei Leipzig.

Gesucht sofort einige tüchtige Wurst-
macher auf Werten und Eingießen.
D. Koopmann, Duckenbrück.

Gesucht
zum sofortigen Eintritt als Vorarbeiter
ein tüchtiger Freihand- u. Schlittenbohrer
auf Wurstholz, der in allen vor kommenden
Arbeiten bewandert ist. — Ferner 2 tüchtige
Freihand- u. Schlittenbohrer, sowie ein
tüchtiger Bandjägerschneider auf Wurst-
holz. Dauernde u. guibezahlte Beschäftigung.
Württemische Wurstholz-Fabrik
in Erftweiler bei Dahn (Württemberg).

Gelernter Montierer für Horngriffe
sowie tüchtiger Kreissägemesser sofort gesucht.
C. W. Schimmelbusch & Co.
Wald (Rheinland).

Tüchtiger Döbblizer, der das Döbblieren
auf den neuesten Maschinen gut versteht,
findet dauernde Beschäftigung.

Ferner tüchtigen Schneider gesucht.
Rammfabrik, Ettingen b. Basel, Schweiz

Jung. tücht. Schreiner und einen Kork-
schneider in sämtlichen Arbeiten, auch Bohr-
maschine, erfahrener bei gutem Lohn und
dauernder Arbeit gesucht.

Felix Neumann, Korkfabrik,
Magdeburg, Kaiserstr. 101.

Tischlerei mit Maschinenbetrieb
bestehend aus Wohnhaus, Werkstatt und
Maschinenraum, 1 Abriker, 1 Dickenhobel,
1 Bandsäge, 1 Fräser kompl. mit Apparaten,
4 Hobelbänken mit Werkzeug u. Materiallager
in einem Ort v. 1000 Einwohnern im Schles-
wigischen, soll bald möglichst verlaufen oder ver-
pachtet werden. Offert. unter Chiffre J. S. 202
an die Expedition dieses Blattes.

Gelegenheitsrauf.
Girla 400 cbm asir, trodene

Gieße

bis zu 70 mm Starke, im ganzen oder auch
geteilt, sofort für 120-135 M. per cbm
netto Kasse, ab Verladestation abzugeben.
Regulärer Preis 160-220 M.

Martin Moldenhauer u. Sohn,
Dresden 19.

N.B. Vermittlung wird honoriert, auch
nehmen wir überall tüchtige

Betreter
bei hohem Einkommen an. Auch passend
als Nebenbeschäftigung.

Auf höhere Stellen

in der Praxis

berufen die Selbstunterrichtswerke
System Karnack-Hachfeld von
Fachschulen für **Zimmermeister**,
Holzbildhauer, **Kunst-**
und Möbel-Tischler, **Bau-**
tischler, **Antikennungsschnei-**
den und **Ansichtssendungen**
bereitwillig ohne Kaufzwang.

BONNUS & HACHFELD, Potsdam W. 18

Abziehsteine, Deutsches Reich - Patent
Nr. 168488, unerlässlich in
Hölzern werden sie zum Abziehen der Del. und Böller. Bis
zum letzten Broden zu verbrauchen. Größe der Steine:
50x230 mm Preis 4 M. und 45x165 mm Preis
250 M. Patentierte Schleifräder in jed. Größe u. Höhe
vorläufig. Versand gegen Nachnahme. Lohnender Artikel
Betreter überall gesucht.

Gebr. Glaser & Co., Schmirgelpularen-
Fabrik, Altuna, Langenfelderstr. 45.

Das beste Handwerkerleiderbuch ist

"Wanderlust".

Enthält 214 alte und neue Freiheils-, Wander-
handwerker- und Kunstdenkmäler. Preis 50 M. Bei
größeren Abnahmen billiger zu bezahlen von Otto
Krausmann, Berlin W. 25, Empfangsstr. 8 II.

Gesehen ist erschienen:

Gassenbeiträge oder Stuhlbetrag?

Material zur Beitragsfrage im
Deutschen Holzarbeiter-Verband
herausgegeben vom Verbandsvorstand.

Diese neuzeitliche Broschüre umfasst Ver-
lags enthalt auf 52 Seiten ein umfang-
reiches Material zur Frage der Gassen-
beiträge, die im Hinblick auf den besto-
ndenden Verbandshintergrund jetzt wieder zur
Debatte steht. Wir lassen das Inhalts-
verzeichnis des Brochures hier folgen:

Einleitung

Die Herausgeber haben die Kosten-
beiträge

Kostenbeiträge in anderen Verbänden

sozialistische Kostenbeiträge

Sozialistische Kostenbeiträge

Das Ergebnis für die Finanzen
der bestehenden Beitragsunterschiede

Schlussbemerkungen.

Der Ladenpreis der Broschüre beträgt
80 M. Der Verbandsmitgliedern liefern wir
jedoch zu folgenden Voraussetzungen:

1-8 Exemplare à 80 M., 10-19 Exemplare à

25 M., 20 und mehr Exemplare à 20 M.

Bei dem großen Interesse, das der
hier behandelten Frage in den Mitglieder-
verbänden des Verbandes entgegengebracht
wird, sehen wir zahlreichen Bestellungen
umgehend eingegangen.

Wir empfehlen jerner zur Anschaffung:
"Mein Leben". Von August Bebel,
Erster Teil. Preis gebunden 2 M.

"Die Frau und der Sozialismus". Von

August Bebel. 51. Auflage. Preis ge-
bunden 8 M.

Bestellungen sind zu richten an die

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-
Verbandes (G. m. b. H.)

Berlin C. 2, Reite Friedrichstr. 2.

Tischler-Fachschule Detmold

gegründet 1893. Stadt Schul-
gebäude, Meister, Werkmeister,
Zeichner, Große Hörs- und
Zeichensäle, z. Werkstätten.

"Programm frei."

DIREKTOR BRECHT.

Erstkl. Tischler-Fach-Kurse
Dresden-A.

Ausbild. a. Werkst. Zeichn. u. Schrein. (Von: Dr. Max Gempert, Strukturgen. 6.)

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.
Staatlich subv. Progr. kostenlos

Tischler-Fachschule Blankenburg

1 bis 12 monatliche Kurse zur Aus-
bildung als Werkführer, Techniker
und Zeichner, anschließend staatliche
Meisterprüfung. Kostenlos. Stellen-
vermittlung. Programm frei.

Director Heineburg.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule

Nürnberg, Elektroweg 14. • Kreisklass. Lehranstalt.

• Dr. Carl Malbaum. •

Paul Horn, Politur- u.
Lackfabrik

Nach meinem zwei deutsche Reichspatente